

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

25 (30.1.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,62 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, ober deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate an Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Zentrum und Kirche.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften, der über Nacht zu einem offenen Streit unter den deutschen Bischöfen geworden ist, muß auch die politische Organisation des Zentrums an ihren Wurzeln berühren. Die Tatsache, daß der Zentrumsführer im preussischen Abgeordnetenhaus Dr. Borch sein Amt als fürstbischöflicher Konfessionartrat am Breslauer Bistumskonsistorium niedergelegt hat, zeigt, bis zu welcher Tiefe der vorhandene Riß sich schon erstreckt. Wenn es weiter wahr wird, was die „Remonia“ andeutungsweise drohte, daß die christlich-nationalen Gewerkschaften das Wort „christlich“ aus ihrer Titulatur streichen, dann bedeutet das eine innere Umwälzung nicht nur für die Gewerkschaften, sondern auch für die politische Zentrumspartei.

Auch das Hauptorgan der Dackemiten, die „Köln. Volkszeitung“, scheint das richtige Empfinden zu haben, daß es diesmal wirklich ums Ganze geht. In ihrer Morgennummer vom Mittwoch fährt Dr. Karl Hüber gegen die „Integralen“ das schwerste Geschütz auf. Er bleibt dabei freilich bei der alten durchsichtigen Taktik, all seine Angriffe äußerlich eben nur gegen die „Integralen“ zu richten, während doch ihr wirkliches Ziel der Fürstbischöf von Breslau und womöglich auch noch eine „andere Stelle“ ist. Diese „andere Stelle“ jenseits der Alpen soll allerdings nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau“ über den Vorstoß des Breslauer Kardinals „bestimmt“ sein. Aber viel Glauben verdient diese Nachricht nicht angesichts der bekannten bisherigen Stellungnahme dieser „andern Stelle“ und angesichts der Tatsache, daß sich Herr Kopp in seinem Bannbrief gegen die Christen ausdrücklich auf sie bezog, durchaus nicht.

Aber nehmen wir an, es handle sich vorläufig nur um Fürstbischöf Kopp. Was hat Dr. Karl Hüber gegen ihn und seine nächsten Befinnungstreuer zu sagen? Man höre:

„Alle diese heftigen Angriffe auf benannte oder deutlich bezeichnete Personen und Organe erfolgen in „Macht und Wahrheit“... anonym. Aus dem Hinterhalt schlagen die Mitarbeiter dieses Organs ihre vergifteten Pfeile auf ihre Gegner. Durch die Schlinge der Anonymität oder eines vorzüglich gemäßen Pseudonyms wissen sich diese tapferen Ritter gebüdet und üben in dieser Position ihr geschäftiges Handwerk aus. Wenn es dieser Macht und Salliegefelligkeit so heilig ernst ist... warum nimmt sie nicht die Masken herunter, damit man sehen kann, mit wem man es zu tun hat und ob die Diktatorin der Coppersdorffschen Organe auch wirklich die Kompetenz haben, in der Öffentlichkeit über katholische Dinge zu vollenden mitzureden... Heute, nachdem das schlimmste dieser Organe von dem Herrn Fürstbischöf von Breslau als Organ in einer für die deutschen Katholiken höchst wichtigen Frage benutzt worden ist, wird mancher geneigt sein zu sagen: „Macht und Wahrheit“ hatte den Vorstößen der Bischofskonferenz hinter sich; es hielt sich durch seine Autorität gebüdet. Wir sagen das nicht, aber wir müssen anerkennen: der Schein ist erweckt, und es ist ein sehr verhängnisvoller Schein. Wenn er zerstört werden kann, so sollte er zerstört werden und zwar schnell.“

In demselben Artikel, der seine Spitze offenbar, wenn auch in bedingter Form gegen den Fürstbischöf Kopp richtet, wird auch ein Aufschlag des Chefredakteurs Brauweiler aus dem „Düsseldorfer Tageblatt“ zustimmend wiedergegeben, der den „wichtigen Integralismus“ folgendermaßen abkonterfeilt:

„Geschäftigkeit der Polemik — höherfällige Polemik — unbeschränkte Bismarckwörter — ein Katholizismus, vor dem alles rettet und flüchtet — Empörung und Abscheu muß den Leser erfassen — Köppler, Querstreiber, die nur herunterziehen können.“

So steht nach dem Urteil der führenden Zentrumspreise die Gesellschaft aus, an deren Spitze sich der Vorstöße der Bischofskonferenz befindet. Wenn fällt dabei nicht das Sprichwort ein: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist? Jeder Leser der Zentrumspreise muß den Eindruck haben, daß von diesen beispiellos heftigen Angriffen der Breslauer Fürstbischöf getroffen werden soll und tatsächlich getroffen wird!

Den Lesern der Zentrumspreise wird zugleich täglich die Behauptung aufgestellt, daß die Sozialdemokratie eine Feindin der katholischen Kirche und ihrer Autoritäten ist. Das ist nur insofern richtig, als die Sozialdemokratie den kirchlichen Autoritäten allerdings nicht das Recht zuerkennt, das Volksleben in politischen und wirtschaftlichen Fragen entscheidend zu beeinflussen. In dieser Beziehung scheint sich aber die Sozialdemokratie mit den christlichen Gewerksvereinen und dem Zentrum in derselben Verdammnis zu befinden. In ihrem Ton ist die Sozialdemokratie — von vereinzelten Ausnahmefällen vielleicht abgesehen — den kirchlichen Behörden gegenüber immer von einer Zurückhaltung, die sich die Zentrumspreise nicht anmerken lassen. Und dürfte man Privatgespräche belauschen, so ist Laien gegen Eins zu wetten, daß man in Zentrumskreisen über gewisse kirchliche Behörden heute in einer viel derbereren Weise redet, als dies selbst von den eifrigsten Propagandisten des Kirchenparteiinneren innerhalb der Sozialdemokratie geschieht.

Es ist ein tragisches Schicksal, dem das Zentrum verfällt. Begründet zum Schutz der katholischen Kirche, als Vertreter katholisch-kirchlicher Interessen in seiner Ausdehnung auf den katholischen Volksteil beschränkt, wird es mit Notwendigkeit in einen immer schärferen Konflikt mit der katholischen Kirche hineingetrieben. Damit verliert es vollends jegliche Existenzberechtigung. Immer deutlicher zeigt sich, daß in dem Zeitalter der modernen Klassenkämpfe eine konfessionelle Partei eine Unmöglichkeit ist. Das Zentrum begreift diese Unmöglichkeit, es weigert sich darum, sich eine konfessionelle Partei zu nennen — und kam doch nicht aus seiner konfessionellen Haut heraus.

Wäre geschichtlich Gewordenes durch logische Schlüsse zu zerstören, so würde sich das Bild der Welt mit einem Schlage ändern. Als etwas geschichtlich Gewordenes hat auch das Zentrum die starken Wurzeln seiner Kraft in der Vergangenheit, es wird nicht von heute auf morgen verschwinden. Es wird einstweilen weiter bestehen als etwas Abgestorbenes, als eines der vielen Dinge dieser unvernünftigen Welt, die einfach da sind — man weiß bloß nicht mehr recht, wozu.

Kommt aber eines Tages ein Sturm, dann rafft er alles innerlich Haltlose, morisch Gewordenes hinweg. Besser nach jedem Sturm steht nur der Zentrumsturm, wird es dann nicht mehr heißen!

### Deutsche Politik.

#### Polkräftigung.

Die Agrarier verlangen eine Verstärkung der Polkräftigung, um den Versuchungen Oesterreichs und Russlands günstigere Handelsverträge zu erreichen, wirksam begangen zu können. Zwar hat ja der Staatssekretär Dr. Delbrück angebeutet, daß das Deutsche Reich sich auch für den Fall, daß die Handelsverträge von einem der Vertragsstaaten gekündigt werden sollten vorbereitete. Aber der Deutschen Tageszeitung genügt diese Erklärung noch nicht.

Das was jetzt aus Oesterreich und aus Russland verlaute und was dort geschieht, muß die deutsche Regierung veranlassen diese Vorbereitungen nach Möglichkeit zu beschleunigen, damit sie, wenn die Kündigung erfolgen sollte, durchaus gerüstet ist. Es wird sich vielleicht jetzt oder auch später im Reichstage Gelegenheit bieten, auf diese unerlässliche Notwendigkeit mit gebührender Entschiedenheit hinzuweisen.

Vor allem soll natürlich Russland durch entsprechende Drohungen daran gehindert werden, seine den Agrariern höchst unbequeme Pläne zu verwirklichen. Geht es nicht anders, so wollen die Konservativen es zum Polkrieg treiben. Dieses Ziel ins Auge zu fassen, soll die Regierung scharf gemacht werden.

#### Bürt Wilhelm?

Der „Deutsche Kurier“ will erfahren haben, daß bei der Geburtstags-Defiliercour Wilhelm II. den Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf geschnitten habe, während er dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses ostentativ und mit dem Ausdruck besonderer Herzlichkeit die Hand entgegenstreckte. Trifft die Nachricht zu, dann ist also der Kaiser entweder mit Herrn Kaempf persönlich oder mit dem Deutschen Reichstage sehr böse. Vielleicht auch mit beiden zugleich, mit Herrn Kaempf, weil er seinen Sohn nicht genügend in Schutz genommen hat, mit dem Reichstage, weil er die kaiserliche Kommandogewalt noch immer nicht genügend respektiert. Herr Kaempf mag das schmerzhaft sein, der Reichstag braucht zum Glück nach dem Wohlwollen des Monarchen, das er übrigens nur ein einziges Mal nach den Wahlen von 1907 für kurze Zeit genossen hat, nicht zu fragen.

#### Militärverwaltung und Karneval.

Der Präsident der Kölner Karnevalgesellschaft, Priör, ist in einer Sitzung der Behauptung entgegengetreten, daß der Gouverneur von Köln mit dem Bonhof der karnevalistischen Veranstaltungen gedroht habe, falls die Zoberner Vorgänge berührt würden. Allerdings bejahen die Leiter jener Sitzungen so viel Tatgefühl, daß sie die militärischen Ehrengästen nicht Beleidigungen aussetzten. — Damit ist festgestellt, daß lediglich mit Rücksicht auf die Defiziere, die Zoberner Vorgänge nicht zum Gegenstand humanistischer Betrachtungen gemacht wurden. Der Gouverneur von Köln ist der Generalleutnant v. Wendel, der bis zum Ausscheiden des Kriegsministers v. Heeringens Departementsdirektor im Kriegsministerium war. Diejenige General wäre die Verhängung des militärischen Bonfotts über den Kölner Karneval ohne weiteres zuzutragen gewesen. Um das zu vermeiden, hat sich das honette Bürgerturn dem Willen des Militärs gefügt.

#### Terrorismus.

Zwei Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus, die der Direktor der Ascherslebener Maschinenbauaktiengesellschaft erzählt, und an deren Wiedergabe die Scharfmacherpreise auf neue die Forderung

knüpft, durch Maßnahmen der Gesetzgebung, den rücksichtslosen Streikterrorismus der Sozialdemokratie zu brechen, sind so charakteristisch für das Treiben der Koalitionsrechtsgegner, daß man sich näher mit ihnen beschäftigen muß.

Der Direktor erzählt von zwei Arbeitern, von denen der eine nach Ausbruch des Streiks in der Fabrik weiter gearbeitet habe, während der andere zwar mit in den Ausstand getreten sei, nun aber brieflich um Wiedereinstellung bitte. Beide sollen sich ihrem Arbeitgeber gegenüber lebhaft über den Terror beklagt haben, den die Streikenden gegen sie übten. Sie seien beschimpft und seien angespuckt worden und sie hätten überhaupt das schlimmste unter dem sozialdemokratischen Druß zu leiden. Der eine, der von Anfang an den Streik brach, hat dem Direktor mitgeteilt, daß er seit vielen Jahren dem Kriegervein angehöre, daß er aber unter dem Druß der Sozialdemokratie nicht dazu gekommen sei, von seinem Wahlrechte Gebrauch zu machen. Seine sozialdemokratischen Arbeitsgenossen hätten gewußt, daß er als alter Soldat keinem Sozialdemokraten seine Stimme geben würde und ihn deshalb gezwungen, sich von den Wahlen überhaupt fern zu halten.

Nehmen wir an, daß sich alles so verhält, wie der Direktor es darstellt. Nehmen wir auch weiter an, daß die beiden Arbeiter in keiner Weise übertrieben haben und daß besonders der zweite, der wieder eingestellt sein will die Geschichte seiner Verfolgungen nicht erfunden hat, um seinem Ersuchen größeren Nachdruck zu geben. Folgt dann aber daraus, daß neue gesetzliche Maßregeln zum Schutze der Arbeitswilligen gefordert werden müssen?

Sind die beiden Ehrenmänner beschimpft und bespuckt worden, so verurteilen wir das aufs schärfste, aber wir wissen ja auch, daß ihre Beleidiger schon unter den geltenden Gesetzen die allerhöchsten Strafen zu gewärtigen hätten. Ein gesetzliches Verbot des Streikpostens hätte selbst vom Standpunkte des Unternehmertums aus für Fälle dieser Art gar keine Bedeutung, denn die offiziellen Streikposten werden sich gerade am allerwenigsten zu Uebergriffen, wie sie hier geschildert worden sind, hinreichend lassen.

Aber man will dem Terrorismus ganz allgemein zu Leibe. Auch dem, durch den der brave Kriegerveinler am wählen verhindert worden ist. Mit einem solchen Gesetze wären wir, vorausgesetzt, daß es sich nicht auf den Schutz der Kriegerveinler beschränken sollte, durchaus einverstanden, und das Beispiel von dem Manne, den seine Kollegen daran hindern, im Sinne des Kriegerveins seine Stimme abzugeben, kommt uns sehr gelegen. Wieviel Arbeiter, Angestellte und Beamte werden heute nicht von einer anderen, dem Direktor der Ascherslebener Maschinenbauaktiengesellschaft sozial und politisch sehr nahe stehenden Seite an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert oder zur Unwahrheit bei der Wahl gezwungen.

Dieser Terrorismus aber gefällt den Herrschenden so wohl, daß sie ihn durch die rücksichtslose Aufrechterhaltung der öffentlichen Stimmabgabe nach Möglichkeit zu fördern bemüht sind.

Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen, und wer selbst vom Terrorismus lebt, macht eine verächtliche Figur, wenn er über den Terrorismus der andern greift und nach dem Gesetzgeber und dem Schutzmann ruft.

#### Zabern und kein Ende.

In der neuesten Nummer der „Preussischen Jahrbücher“ kommt dessen Herausgeber, Hans Delbrück, auch auf den Fall Zabern zu sprechen. Er meint, wie die überaus zugespitzten Gegensätze in den Parteien, so müsse man auch den Fall Zabern als etwas Unvermeidliches hinhinnehmen. Aber selbst für das Ansehen des Militärs würde es besser gewesen sein, wenn die Strafe für Fortjener aufrecht erhalten und wenn Oberst Keutter zu einer Geld- oder Freiheitsstrafe mit nachfolgender Begnadigung verurteilt worden wäre. Delbrück hält die Internierung der Zivilpersonen während der ganzen Nacht für strafbar. Nach den Strafburger Freipredigungen müsse der Reichstag in noch viel höherem Maße, als es sonst nötig gewesen wäre, darauf bestehen, daß die Wiederholung solcher Fälle ausgeschlossen wird. Die militärische Gewalt sei so groß und so gefährlich, daß das Bürgerturn notwendig gegen etwaigen Mißbrauch einen sicheren Schutz haben müsse. Allerdings müsse auch das Militär unter Umständen von seiner Waffe Gebrauch machen können, auch ohne daß es dazu von bürgerlichen Behörden requiriert wird. Nach einer Verherrlichung der Armee bemerkt Delbrück noch, der Reichstag wiederum müsse sich selbst aufgeben, wenn er nicht vor jeder neuen Bewilligung für Arme auf unbedingte Sicherstellung des Bürgerturns vor jedem militärischen Uebergriffe bestünde. Den „Preußenbund“ kennzeichnet Delbrück wie folgt: „Alle geheimen und offenen Gegner des nationalen Gedankens reiben sich die Hände, daß der Partikularismus in Preußen selbst jetzt keine Vorkämpfer gefunden hat. Mit der Aktion im Serrenhaus fing es an; der „Preußenbund“ setzte fort. Aber was für ein Preußen ist es, das wir hier vor uns erblicken? Ist es das Preußen von 1813? Das Preußen der Stein, Scharn-

kauf  
Januar  
erlaufe ich  
Qualität  
eisch  
nung,  
eck,  
er. 6941  
Sorten  
ndleder-  
on 60 S.  
cts, 6800  
lede bei  
emm  
öhe 90,  
hofsbride.  
aufe fort-  
erren u.  
ube und  
e Saden,  
8971  
wab  
55.  
drend gut  
Herren-  
gut ge-  
fel in ei-  
ft. 3970  
Durlacher-  
trabe 28.

vorst. Gneisenau? Oder ist es das Preußen von 1806, das noch immer wieder und wieder sein Haupt erhebt?

Wie harmoniert nun mit diesen kräftigen Worten die Ansicht Delbrücks, das die Hauptgefahren der Zukunft vom Reichstage herdrohen und daß es geraten sei, seine Macht nach Möglichkeit einzudämmen, und die Macht der Regierung, wie sie im Beamtentum und Offizierkorps organisiert ist, zu stärken?

Die Stimme Roms.

Das vatikanische Amtsblatt veröffentlicht ein Schreiben, das der Kardinalstaatssekretär Merry de Val am 14. Oktober v. J. an den Erzbischof von Lyon gerichtet hat, und das sich aus Anlaß eines Kongresses der katholischen Juristen Frankreichs mit der Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche folgendermaßen beschließt:

Man wird in diesem kostbaren Arsenal den im ersten Teil des Schreibens angezogenen katholischen Berken. D. (Kod.) Material finden, um die alten und neuen Irrtümer zu überlegen, die von den Feinden der Kirche vertreten werden und von denen selbst gewisse katholische Schriftsteller nicht immer frei sind, insbesondere, wenn sie Kirche und Staat schlechthin als koordiniert auffassen oder wenn sie einer tatsächlichen leitenden Gewalt Grenzen ziehen innerhalb ihrer indirekten Jurisdiktion, wie sie die Kirche über die weltlichen Angelegenheiten, sobald sie eine übernatürliche Seite besitzen, ausüben das Recht hat.

Damit wird ausgesprochen, daß nicht dem Staat, sondern der Kirche die höchste entscheidende Gewalt zusteht auch in weltlichen Angelegenheiten, sobald sie eine übernatürliche Seite besitzen. Ob aber eine weltliche Angelegenheit eine „übernatürliche Seite“ hat, wird naturgemäß wieder von der Kirche entschieden. So hat Pius X. in der Enzyklika „Singulari quadam“ z. B. der sozialen Frage eine übernatürliche Seite zuerkannt und sie der kirchlichen Entscheidung vorbehalten.

Das Zentrum wird nicht umhin können, sich über diese neue vatikanische Kundgebung zu äußern, auch auf die Gefahr hin, im Falle eines beiseitigen Widerspruchs mit zu den Feinden der Kirche geworfen zu werden.

Ausland.

Schweiz.

Sozialdemokraten als Geschworene. Richtig sollte es heißen: als Nicht-Geschworene. Denn, wie die Verhandlungen des Zürcher Kantonsrats gezeigt haben, wird selbst in diesem demokratischen Lande das gleiche Recht der Bürger zur Ausübung des Richteramtes durch Parteitreiberen zunichte gemacht. So berichtete Gen. Dr. Studer, daß ihm ein Staatsanwalt auf seine Frage, wieso fast nie Sozialdemokraten als Geschworene fungieren, erwiderte: er streiche grundsätzlich alle Sozialdemokraten von der Liste, da sie für dieses Amt nicht fähig seien. Der Staatsanwalt hat nämlich das Recht, nach seinem Belieben zwölf Namen von den ausgelosten Geschworenen zu streichen. Studer forderte daher, diese unbegründete Verfügung im Gesetz zu beseitigen. Dr. Studer li beständige Studer Feststellung und teilte mit, daß auf der Liste jeder Geschworene mit seiner Parteizugehörigkeit aufgeführt werde, um dem Staatsanwalt die Streichung der Namen zu erleichtern. — Gen. Obergerichtspräsident Lang betonte, daß dies Verfahren nicht allein eine Beleidigung unserer Partei, sondern auch eine Fälschung des Gedankens der Schwurgerichte ist, und verwies auf das Beispiel anderer Länder — so Deutschlands — wo man gerade jetzt dabei sei, die Geschworenenbanken weniger einseitig zu besetzen. Er forderte, daß der Regierungsrat die Staatsanwälte auffordere, ihre ungeschickliche Praxis aufzugeben, und im Falle der Widerweigerung von ihrer Wiederbestellung (die Erneuerung erfolgt nur auf Zeit) absehe. Regierungsrat Mouton erklärte, wie ihm der erste Staatsanwalt mitgeteilt habe, sei eine Verfügung in diesem Sinne nie ergangen. Es seien ja auch eine ganze Reihe sozialdemokratischer Kantonsratsmitglieder schon Geschworene gewesen. Eine „unbedachte“ Äußerung, wie Studer sie berichtete, werde vom Regierungsrat entschieden mißbilligt. Es kommt freilich weniger auf eine formelle Verfügung als auf die tatsächliche Praxis an. Zu dieser wußte Gen. Lang noch mitzuteilen, daß nach einer unter seiner Obmannschaft erfolgten Freisprechung der Staatsanwalt erklärt haben soll: „Dieser Sozialdemokrat kommt nicht mehr ins Schwurgericht.“

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

47

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Der Frühling — der fünfte, den ich im Zuchthaus erlebte — hatte den Winter abgelöst, und ich wartete voll Hoffnung auf den 9. Juni 1901, ein unendlich wichtiges Datum, an dem ich meine Eingabe um provisorische Entlassung würde einreichen können.

Der 9. Juni kam endlich und mein Gesuch war abgelehnt. Nach einigen Wochen kam die Antwort des Staatsanwaltes, daß er mein Gesuch nicht berücksichtigen könne. Gründe wurden keine angegeben. — Nur zu bald aber sollte ich sie erfahren. Man hatte wieder einmal gehofft, mich durch Verweisung würde zu machen, um mir Geständnisse zu entlocken. Kurze Zeit darauf wurde ich wieder einem offiziellen Verhör unterzogen, natürlich wieder ohne Erfolg.

Furchtbar war der Jammer meiner Mutter und Schwester, die eigens nach Ludau gekommen waren, in der festen Hoffnung, mich diesmal mitnehmen zu können.

Der Sommer 1901 war in der Lausitz so kalt und regnerisch, daß man meine Zelle bis Mitte Juli heizen mußte. Eine Bronchitis, die ich mir im Laufe des Winters zugezogen hatte, war im März immer heftiger geworden und verschlimmerte sich bis Juli so sehr, daß ich anfang, Blut zu spucken und zusehends abmagerte. Direktor und Arzt fanden, daß es höchste Zeit wäre, mich wieder in Freiheit zu setzen. Es wurde also beschlossen, daß ich an den Kaiser in Person ein Gnadengesuch richten sollte, im Hinweis auf meinen schlechten Gesundheitszustand.

Nach Verlauf eines Monats bestätigte mir der Staatsanwalt den Empfang des Gesuches und versprach es höchsten Ortes zu bekräftigen, wenn ich auf folgende Bedingungen einginge:

Ich solle alle Kosten meines Prozesses, etwa 3000 Franken bezahlen.

Badischer Landtag.

Die überraschende Erscheinung, die sich bei der allgemeinen Finanzdebatte gezeigt und die berechtigtes Aufsehen erregt hat, wiederholte sich auch bei der Debatte über das Ministerium des Innern. Während früher diese Debatte zu äußerst scharfen, oft sogar stürmischen Auseinandersetzungen unter den Parteien und mit der Regierung geführt haben, tritt diesmal der politische Moment ganz in den Hintergrund. Das Zentrum sowohl als die Nationalliberalen üben eine geradezu auffallende Zurückhaltung in der Behandlung der politischen Fragen. Während das Zentrum offensichtlich diese Zurückhaltung beobachtet, scheinen die Nationalliberalen keine Lust zu haben, diesen verdächtigen „Gottesfrieden“ zu stören. Das Zentrum hat eine völlige Schwankung in seiner Haltung gegenüber den der Regierung im allgemeinen und gegenüber dem Ministerium des Innern im besonderen vollzogen. Worauf diese Schwankung hinauszielt, ist nicht ganz klar ersichtlich, es scheint als ob das Zentrum, wie der Abg. Benedey gestern bemerkte, Morgenluft wittere. Herr v. Bodman, der noch während des Wahlkampfes seitens der Zentrumspresse heftige Angriffe erfuhr und der geheimen Uneinigungen zum Großteil stark verdächtig war, ist plötzlich persona grata beim Zentrum geworden. Die beiden Zentrumsredner Seubert und Wittemann überboten sich förmlich in Komplimenten gegenüber dem Minister v. Bodman, dessen sachliche Tätigkeit gewiß Anerkennung verdient, dessen politische Haltung aber seitens des Zentrums bisher immer die schärfste Kritik gefunden hat.

Seit Jahrzehnten haben sich keine so ruhigen, jeder Leidenschaft und Kampfeslust entbehrenden Debatten im badischen Landtag abgepielt und das nach einem Wahlkampf, wie er heftiger kaum je zuvor stattgefunden hat.

Es scheint fast, als ob die bürgerlichen Parteien kampfesünder geworden seien. Beim Zentrum ist diese Latenz verständlich, den Liberalen aber kann sie sehr gefährlich werden.

Eine sehr merkwürdige Haltung nimmt Herr v. Bodman zu der Sucht des Arbeitswilligenschutzes ein. Es scheint, als ob die badische Regierung bereit wäre, den Wünschen der Scharfmacher entgegenzukommen. Darüber wird noch ein ernstes Wort zu reden sein.

Heute kommt Gen. Kolb zum Wort, der etwas mehr Leben in die Bude bringen wird.

20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 29. Januar 1914.

Präsident Rosenhuth eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Im Regierungssitz: Minister v. Bodman und Ministerialdirektor Pfisterer.

Eingegangen sind Petitionen der Kriegsveteranen der Stadt Freiburg um Gewährung der gesetzlichen Veteranenbeihilfe, sowie von Widwiddattanten der Stadt Freiburg um Gewährung einer Beihilfe.

Fortsetzung der allgemeinen Debatte über das Ministerium des Innern.

Abg. Wittemann (Zentr.) berichtet einen von ihm gestern ermittelten Fall von minderjährigen Mädchen in Heidelberg.

Abg. Benedey (N. L.) weist darauf hin, daß es eine auffallende Erscheinung sei, daß das Zentrum jetzt auf einmal seine Taktik gegenüber dem Minister des Innern geändert habe. Nachdem es bisher und gerade im Wahlkampf das Ministerium des Innern bekämpft habe, spreche es nunmehr diesem seine Anerkennung aus. Als erwidert ist zu begrüßen, daß die Oberamtswörter sich jetzt nicht mehr wie früher in die Wahlbewegung mischen. Beim Zentrum ist ein Juridizien und eine Zurückhaltung zu konstatieren. Beim Verhalten des Zentrums ist zu berücksichtigen, daß es gute Beziehungen überall hin hat. Es scheint, daß das Zentrum einen politischen Umschwung vollzieht und dementsprechend seine Taktik einstellt. Es wird daher nötig, die weitere Tätigkeit des Zentrums genau zu verfolgen und auch die Regierung vorsichtig zu beobachten. Nebenfalls sollte ein politischer Minister die Gefahr einer flexiblen Kammermehrheit nicht unterschätzen und versuchen, diese Gefahr durch Einführung des Proportionalwahlrechts ein für allemal zu beseitigen. Der Redner geht darauf auf die Verwaltungsangelegenheiten ein, bei denen er mehr Berücksichtigung der Männer der Praxis wünscht. Beim Verwaltungshof könnte eine gewisse

Vereinfachung eingeführt werden. Es ließen sich da viele Posten sparen. In der Frage der Kreisorganisationen haben wir einen Antrag eingebracht, der dazu dienen soll, die Wahlen der Kreisvertreter volkstümlicher zu machen und dieser Institution neues Leben einzuflöhen. Für nötig halten wir eine Belehrung und Aufklärung des Volkes über seine politischen Rechte, damit es von diesen auch Gebrauch macht. Die Bezirksämter sollten auflösend wirken und den amtlichen Instanzen Belehrungen geben, daß sie sich nicht um die politische Ueberzeugung der Wähler zu kümmern haben. Die Bemerkungen des Abg. Dietrich über die Eigenhäuser sind in manchen Ländern mit Erfolg praktisch durchgeführt. Der Realismus, der früher in Deutschland herrschte, ist heute nicht mehr so vorhanden, wie früher. Dies hängt jedoch mit der ganzen Entwicklung zusammen. Jedenfalls muß ich mich dagegen verwahren, wenn Abg. Wittemann meint, daß Realismus ohne Zugehörigkeit zu einer Konfession nicht denkbar ist. Es gibt ideal gesinnte Menschen, die keiner Konfession angehören. An der Landflucht ist vor allem die deutsche Volkspolitik schuld, die die Bildung von Großgrundbesitz fördert. Mit den großen Fideikommissbesitzern könnte eine Anzahl von freien Bauerngütern geschaffen werden. Dadurch könnte unser ganzes Volk auf eine gesündere Basis gestellt werden. Wir würden es für gut halten, wenn die großen Güter zertrümmert würden und dadurch für viele Bauern eigenes Land geschaffen werde, statt daß heute, wie in Norddeutschland, tausende als Knechte arbeiten müssen. Die Baugewerkschaften möchte ich in warme empfehlende Erinnerung bringen. Für den obligatorischen Wohnungsnachweis möchte ich mich ebenfalls aussprechen. Die Frage einer Besteuerung des Automobilverkehrs sollte man sehr vorsichtig behandeln, da dies eine Schädigung dieser Industrie hervorrufen. Bei der Schulbildung kann der Staat noch viel tun, wenn er diese bekämpft. Erreutlich ist, daß hier Gegenbestrebungen zur Schaffung einer guten volkstümlichen Literatur, wie der Dürerbund, gute Fortschritte machen. Insbesondere sollten die Bestrebungen zur Schaffung guter Bilder gefördert werden. Die Kinematographen sollten eigentlich ein Mittel zur Erhebung der Volksbildung sein. Statt dessen dienen sie der Sensation. Dies rührt jedoch nicht von den Kinematographenbesitzern her, sondern von dem Geschmack des Publikums, das Sensationen will. Hier kann nur eine Verstaatlichung der Kinematographenbetriebe helfen, was eine völlig ideale Lösung bräute. Die Vorschriften für die Schulleute sollten den modernen Verhältnissen angepaßt sein. In der Frage der Zwangserschulung halte ich die Erziehung in der Familie für das Beste. Die Konfessionalisierung sollte man nicht noch weiter treiben als es schon der Fall ist. Sie hat das deutsche Volk schon sehr geküßt und uns viel geschadet, indem sie das Land in zwei Nationen teilte. Wir wollen unsere Hand nicht dazu geben, daß der Miß noch größer wird, daß nicht nur das ganze Volk, sondern auch jede Stadt noch mehr in zwei getrennte Teile zerissen wird. Wie die Verhältnisse heute liegen, beweist die Tatsache, daß wir in Konstanz 68 konfessionelle Vereine haben.

Abg. Bauschbad (Konf.) tritt für die Verbesserung der Landstraßen ein. Der Redner ist für eine erhöhte Besteuerung des Autoverkehrs. Die kleinen Leute sollten durch Wohnungsbau unterstützt werden. In manchen Gemeinden fehlt es an Wasser, daß das Vieh nicht einmal genug Wasser zum Trinken hat. Die Zwangserschulung ist nötig. Die Zigeunerfrage ist zurückgegangen; die Schulbildung ist zu bedauern.

Minister v. Bodman dankt für die anerkennenden Worte über das Ministerium des Innern und dessen Beamte. Wenn ich auch bedauere, daß der Abg. Benedey uns gegenüber eine gewisse Vorurteil empfangt, weil die andere Seite des Kaufes mir Anerkennung sollte, so kann ich ihm doch nicht das Maß dieser Vorurteil vorzeichnen. Meine Stellung zur Verhältnisse, was ich habe ich schon bei der Finanzdebatte dahin präzisiert, daß die Regierung in Anbetracht der Mängel ihre Bedenken gegen deren Einführung nicht überwinden kann. Ich gebe zu, daß die Aufgabe des Regierens durch die Fülle der Gesetze nicht für die Regierten, sondern auch für die Regierenden erschwert ist. Wir sind bemüht, durch Zusammenfassung von Bestimmungen vereinfachend und klärend zu wirken. Schwierigkeiten bestehen jedoch insofern, als die Gesetze nun einmal durch die Entwicklung kommen, die immer wieder neue Anforderungen und Aufgaben an den Staat stellen. Diese Entwicklung läßt sich nicht aufhalten; wir können nur die Gesetze vereinfachen und darüber aufklären. Die Einmischung eines Beamten bei der Kreis- und Krankenkassenwahl verhält sich anders als geschah ist wurde. Eine Vereinfachung fand auch bei dem Fall in Engen nicht statt. Die Druckverordnungen erfolgen auch bei den Bezirksämtern auf dem Submissionsweg. Wenn bei der Genbarmerie darüber geklagt wurde, daß zuviel Wert auf das Mittägliches gelegt wird, so kann ich nur wiederholen, daß das Ergerzieren auf das Nötigste beschränkt wird. Bei der Schutzmannschaft in Mannheim wurde beantragt, daß sie bei der Verbeizung des Schuhmanns Krompach nicht vertreten war. Die Ursache ist mir

heitzzustand noch einmal einer genauen Prüfung unterzogen werden soll. Sie verlassen also hiermit mein Haus.“

Ich war verzweifelt. Gott allein weiß, wie gern ich in Ludau geblieben wäre, wo ich gut Freund mit Jedermann war. Berlin-Moabit war wieder das schreckliche Unbekannte, ein anderes Zuchthaus wieder mit all seinen Qualereien für einen Neuen. Aber es blieb mir ja nichts übrig, als dem Direktor Lebewohl zu sagen, und ihn für all seine Güte gegen mich zu danken.

„Es ist noch nicht alles verloren“, tröstete er mich, „der Berliner Arzt kann nichts anderes sagen, als der unsere. Nun Sie werden schon sehen!“

Um zwei Uhr nachmittags führten mich die beiden Oberaufseher des Muster-Zuchthaus von Berlin-Moabit ab. Ein Sträfling fuhr unter der Aufsicht des Wärters Meyer, auf einem kleinen Handwagen meine Sachen zur Bahn.

Vor zwanzig Monaten hatte ich schweren Herzens die Schwelle dieses Hauses überschritten, und nun war ich unglücklicher beim Weggang! Es war ein schöner Herbsttag. Die beiden Transporteure ließen mich vorausgehen und folgten langsam nach. In der Allee, die vom Zuchthaus nach dem Bahnhof führt, gingen nur wenige Menschen, die Bäume am Weg hatten den ganzen Boden mit goldnen und braudroten Blättern bestreut, die im Tod noch zu lächeln schienen. Da war der Bahnhof, aus rotem Sandstein. Ein Piff, der Berliner Zug fährt ein. Rasch steigen wir in das reservierte Coupe, ein zweiter Piff, und die kleine Stadt Ludau in der Lausitz, die überragt und völlig beherrscht wird von ihrem unheimlichen Zuchthaus, verschwindet in der Ferne.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Samstag, 31. Jan. 31. Vorst. auß. Ab. Einmaliges Gastspiel des Hgl. Schied. Kammerjägers John Forcell von Stockholm: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart. Don Juan: Kammerjäger John Forcell a. G. Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.

nicht bekannt. Jedenfalls verdient der Mann Anerkennung, der wie ein Feld sprach. Gerade dieser Fall widerspricht der hier geäußerten Anschauung, daß der Idealismus aus dem Volke geschwunden sei. Es widerspricht dem Geiste des militärischen Korps, daß sich die Schulschule zu einem Verbände zusammenschließen, der sich dann gegen die Vorgesetzten wendet. Das Ministerium war der Ansicht, daß ein solcher Verein so lange nicht zu beanstanden ist, als er nicht dem Geiste der militärischen Disziplin widerspricht. Das Bezirksamt in Mannheim hat den Beitritt zu einem solchen Verein von seiner Genehmigung abhängig gemacht. Ich habe keine Ursache, dies zu beanstanden, solange nicht auf dienstlichem Wege eine Beschwerde an mich gelangt. Die Erzählung des Abg. Süßkind von dem geheimen „Peter“ in Mannheim trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit. Die Beschwerde des Abg. Süßkind wegen der Belästigung der 800 sozialdemokratischen Kreiswahlmänner ist deshalb unbegründet, weil das Vereinsgesetz keinen Unterschied zwischen Demonstrationen und anderen macht. Das Bezirksamt begründete sein Verbot damit, daß der Zug zu jener Zeit verkehrsfördernd wirkte. Ob dies richtig ist, kann ich nicht feststellen. Ich untersuchte den Fall nicht, weil keine Beschwerde vorlag. Weiter wurde davon gesprochen, daß zu viel Polizeistrafen verhängt werden. In anderen Ländern, auch in Republiken, wird viel gestraft. Es gibt viele Dinge, wo noch mehr gestraft werden sollte. Wer nachts auf den Straßen geht, findet immer wieder Fußwerkzeuge, Radfahrer ohne Licht usw. Es ist ein Wunder, daß da nicht mehr Unfälle ereignisse geschehen. Ich habe den Bezirksämtern eingeschrieben, hier sofort vorzugehen. Es ist wiederholt in Erwägung gezogen worden, daß die Bezirksämter gar keine private Tätigkeit mehr entfalten. Die Entwicklung wird dies vielleicht mit sich bringen. Borent ist die Zeit hierzu noch nicht gekommen. Der Staat würde hierfür große Mittel aufbringen und die Bezirksämter würden die Führung mit der Wissenschaft verlieren.

Was die Anregung betrifft, Kredite an Arbeiter auf dem Lande für Eigenhäuser zu gewähren, sowie Beamten und Arbeitern zum Wohnungsbau mit Geldmitteln behilflich zu sein, so ist diese Frage zum Gegenstand von Erwägungen gemacht worden. Es muß jedoch bemerkt werden, daß hier ja den Bauenden die Mittel der Lebensversicherungen und der Sparkassen zur Verfügung stehen, jedoch keine Ursache besteht, zur Zeit mit Staatsmitteln einzugreifen. Wo eine bodenständige Bevölkerung wohnt, ist der Eigenbau vorzuziehen. Wo jedoch eine mehr fluktuierende Bevölkerung vorhanden ist, sind die Baugenossenschaften vorzuziehen. Das Eigenhaus bringt auch leicht gewisse Schädigungen mit sich. Man soll daher sowohl den Eigenbau, wie die Baugenossenschaften fördern, jedoch prüfen, was im betreffenden Fall am meisten geeignet ist. Die Tätigkeit des Landeswohnschutzinspektors hat hoffentlich bewiesen, daß er der rechte Mann an diesem Platz ist; er hat vielfach anregend und fördernd gewirkt, jedoch seine Tätigkeit für die Bevölkerung von Segen sein wird. Den Ursachen der Minderleistungen in August-Wahlen ist die Regierung nachgegangen. Zur Frage der Zwangserziehung habe ich mich schon wiederholt ausgesprochen, und zwar bin ich ein Anhänger der Familien-erziehung. Die Zwangserziehung sollte nur da angewandt werden, wo Familien-erziehung nicht möglich ist. Zur Frage der konfessionellen Erziehung der Zwangsschüler ist zu sagen, daß die Religion, und zwar in der Form der Konfession, ein gutes Mittel zur Erziehung sein kann und auch ist. Dies wird auch in den bestehenden Zwangserziehungsanstalten berücksichtigt. Eine andere Frage ist es aber, ob wir die Zwangserziehungsanstalten nach den Konfessionen scheiden sollen. Da meine ich, daß sich die Zwangserziehungsanstalten unseren sonstigen Erziehungsanstalten anschließen müssen, die eine völlige Trennung nach Konfessionen nicht kennen. Dies muß auch für die Erziehungsanstalten maßgebend sein. Die Gemeinderedner nach dem Gemeindefürsorgegesetz soll einer durchgreifenden Bearbeitung unterzogen werden, ich hoffe, daß die Vorlage bis 1916 erfolgen kann. Man sollte die Selbstverwaltung der Gemeinden nicht weiter einschränken, was bei der Frage der Gemeindevorstände berücksichtigt werden muß. Zur Frage der Kreisverwaltung kann ich mich heute noch nicht äußern, da hierüber später ja eine eingehende Beratung erfolgt. Es freut mich, daß zugunsten einer Besserstellung der Gendarmerie und Schutzmannschaft gesprochen wurde. Auf die Frage des Abg. Dietrich hin, warum die Regierung von dem Rückkaufrecht des Staates bei der Spöck-Dürmerheimer Bahn nicht Gebrauch machte, möchte ich den Abg. Dietrich bitten, diese Frage an den Finanzminister zu richten. Auf seine Frage wegen der Elektrizitätsversorgung wird beim Kugelfisch zurückkommen sein. Die vom Abg. Willmann angeregte Ausdehnung des Bürgerrechts steht in mancher Hinsicht auf Schwierigkeiten. Wenn nämlich Leute erst in späteren Jahren in den Besitz des Bürgerrechts kommen, so wird die Landflucht gerade gefördert. Der Fall der spinalen Kinderlähmung ist genau untersucht und aufgeklärt worden. Die Epidemie, sofern man von einer solchen sprechen kann, ist erloschen. Um eine ansteckende Krankheit im gemäßigten Sinne des Wortes handelt es sich nicht. Von einer vorzugsweisen Verdrängung von Mittelbadenern bei Vergebung von Apotheken kann keine Rede sein.

Der Geburtenrückgang

Hat auch das Ministerium des Innern beschäftigt. Bei den Maßnahmen zur Abhilfe wurde auch an die Kindersterblichkeit gedacht. Wir kommen zu der Ansicht, daß die Beschränkung eine freiwillige ist, die sich aus den teuren Lebensverhältnissen, aus dem Kampf ums Dasein erklärt. Es spielt auch eine große Rolle die verminderte sittliche Verantwortung und eine Veränderung der Anschauungen betr. die sittliche Bedeutung der Ehe. In dieser Hinsicht sind die bischöflichen Hirtenbriefe zu begrüßen. (Sehr richtig im Zentrum.) Was die Maßnahmen beim Kinobezug betrifft, so können außer einer strengen Zensur staatliche Maßnahmen nicht in Betracht. Einer Verstaatlichung der Kinos kann ich nicht das Wort reden. Sobald die Kinos einer Bedürfniskonfession bedürfen, entfällt ein Hauptgrund der Zensur. Wenn das Publikum den Zensuren nachläßt, so ergibt sich für die Kinos ein weiterer Anreiz zur Zensur. Die Abschlußprovision bei der Rheinischen Hypothekbank ist niedriger als Abg. Süßkind annahm. Wir haben nie gefunden, daß die Rhein. Hypothekbank den Wünschen nach Krediten nicht genügend entgegenkam. Ueber die Automobilabgaben kann ich mich heute noch nicht äußern, da auf die Frage zurückgekommen wird. Die Frage der Arbeitskammer ist schon mehrmals Gegenstand der Beratungen der Reichsleitung gewesen. Der Gedanke ist bei der Reichsleitung noch nicht aufgegeben, sondern wird gelegentlich weiter behandelt.

Ein Arbeitswilligengesetz

liegt zurzeit nicht vor. Dem Abg. Süßkind möchte ich auf eine diesbezügliche Anfrage mitteilen, daß, wenn es kommt, die Regierung es eingehend prüfen wird. Ich betonte früher schon, daß vom Staat die Freiheit der Arbeitswilligen unter allen Umständen geschützt werden muß. Ich kann dem Abg. Süßkind nicht beibringen, daß die Arbeitswilligen in Kaitat zwei- und dreifach geschützt werden. Es sind in Kaitat Ausdehnungen gegen die Arbeitswilligen vorgenommen, die die Frage nach einem Schutz nahe legen. Eine große Rolle spielen die Verhältnisse in anderen Staaten, die in Betracht gezogen werden müssen. Man muß bei den Arbeitswilligen nicht nur an die professionellen Streikbrecher denken, sondern auch an die denken, die den Streik nicht mitmachen, weil sie mit den Verhältnissen zufrieden sind und weil sie nicht zu der betr. Organisation gehören. Es handelt sich hier um die Frage der persönlichen Freiheit und des

Organisationszwanges. Die Regierung muß daher vorkommen- den Falles die Frage eingehend prüfen.

Was den Anzeigewang für Mietwohnungen betrifft, so unterliegt die Frage momentan der Entscheidung. Auf dem Lande sind auf dem Gebiete des Wohnungswesens noch große Mängel; dies sollte Abg. Vanschied berücksichtigen, wenn er einer verringerten Wohnungskontrolle das Wort redet. Im übrigen werden wir die Verhältnisse auf dem Lande berücksichtigen.

Präsident Hohorst schlägt vor, die Sitzung nunmehr zu vertagen. Das Haus ist damit einverstanden.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 10 Uhr. Fortsetzung der Debatte.

Schluß der Sitzung: 1/1 Uhr.

Die Budgetkommission

erlobte in ihrer gestrigen Sitzung den Budget der Steuer- und Zollverwaltung. Auf eine Anfrage, ob der Sacharinschmuggel dem badischen Staate besondere Kosten verursacht, erwidert der Finanzminister, daß der Sacharinschmuggel dem badischen Staate durch Strafen und durch das konfiszierte Sacharin Einnahmen bringe, jedenfalls seien die Ausgaben nicht so hoch, wie die Einnahmen. Bezüglich der Wirkungen des sogenannten Kinderparagrafen im Steuerlosgesetz erklärt die Regierung, daß im Jahre 1911 475 Personen von der Bestimmung Gebrauch gemacht haben. Der Steuerausfall belief sich auf 2308 M., im Jahre 1912 betrug die Zahl der Geschwister 1947, der Steuerausfall 9842 M., im Jahre 1913 stieg die Zahl der Geschwister auf 4528, der Steuerausfall auf 24 900 M., in diesem Jahre waren es 8835 Personen mit einem Steuerausfall von 46 880 M. Einzelne Steuerämter haben den geäußerten Döbitwein steuerlich wie den Traubenwein behandelt. Die Regierung hat Anordnungen getroffen, wonach dies künftig unterbleibt.

Die Einnahmen der Steuerverwaltung sind erheblich höher und zwar bei der Vermögenssteuer um 800 750 M. und bei der Einkommensteuer um 3 081 120 M. pro Jahr als im letzten Budget.

Bezüglich der Veranlagung zur Wehrsteuer erklärt die Regierung, daß eine weitere Fristverlängerung als bis zum 31. Januar nicht nötig sei. Bei den Vätern seien die bezüglichen Geschäfte weiter fortgeschritten, als bei den Versicherungsgesellschaften. Die Steuerkommission seien dahin instruiert, den Vätern und Versicherungsgesellschaften gegenüber weitgehende Rücksicht bei Gefuchen über Fristverlängerung zu üben. Der Verlust an Vermögenszuwachs sei für Baden nicht wesentlich, er betrage für die drei Jahre etwa 35 Millionen und verursache einen Steuerausfall von etwa 40 000 M. Die Wirkung des Generalparagrafen seien nicht gering. Die Steuerkommission seien überrascht über den teilweise großen Vermögenszuwachs. Auch bei den gewerblichen Betriebsvermögen und bei kaufmännischen höheren Beamten haben überraschende Erhöhungen bei der neuen Veranlagung stattgefunden. Die Einnahmen der Wehrsteuer sind um 316 000 M., die der Einkommensteuer um 62 430 M., pro Jahr geringer. Seitens der Sozialdemokraten wird die Aufhebung der Fleischabgabe befürwortet. Die Regierung erachtet im Hinblick auf die bevorstehende Revision des Gehaltsstarifs, von einer solchen Maßnahme abzusehen. Die große Mehrheit der Kommission ist gegen die Abschaffung dieser Steuer. Der Etat der Steuer- und Zollverwaltung wird genehmigt.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung

sitzte in ihrer gestrigen Sitzung dem Bericht des Abg. Wittmann über den Gesetzentwurf betreffend das Grundbuchwesen zu. Ferner wurden die Gesetzentwürfe betreffend die Erwerbung der Staatsangehörigkeit und die Hagelversicherung beraten und genehmigt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Januar.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet um 1,15 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Titel Gehalt des Staatssekretärs. Hierzu liegen bis heute 17 Resolutionen vor.

Abg. Goeß (Mon.): Was wir vorausgesetzt haben, ist eingetroffen. Wenn auch unsere Handelsvertragsstaaten keine endgültigen Entscheidungen getroffen haben, so ist doch offiziell erklärt worden, daß sie keineswegs bereit sind, die Handelsverträge mit uns so ohne weiteres zu erneuern. Die Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik sind erfreulich. In der Landwirtschaft ist der Getreidebau ungeheuer ausgedehnt worden. Der Viehbestand ist um 126 Prozent seines Wertes gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Diese enorme Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft war nur unter dem Schutz des Zollschutzes möglich. Allerdings beläuft sich die Einfuhr an Nahrungsmitteln auf fast eine Milliarde. Darunter befinden sich hauptsächlich Stoffe, die zur Ernährung unserer Viehbestände notwendig sind, also Futtermittel. Von der fortgeschreitenden inneren Kolonisation ist die Zunahme der Altbaufläche für Futtermittel nicht zu erwarten. Je kleiner der Betrieb, desto größer der Roggenbau! (Hört, hört! rechts.) Wir halten daran fest, daß, wenn die Zollpolitik für den Osten überhaupt ein Ergebnis haben soll, das System der Einfuhrzölle beibehalten werden muß. (Sehr richtig! rechts.) Die fortgesetzten Debatten der Linken müssen auf das Ausland ausstrahlend wirken. Wenn behauptet wird, daß Ausland und die Getreidepreise diktieren und die Saisonarbeiter vorenthalten könne, so trifft das nicht zu. Auch der preussische Landwirtschaftsminister hat erklärt, daß Ausland nach wie vor für 10% Monate Rasse für Arbeiter ausstellen werde. Ueber die innere Kolonisation ist die Linke falsch unterrichtet. Unser Politik geht auf die Erhaltung des Bauernstandes und die Weitzberechtigung hinaus. Man darf aber nicht verlangen, daß in kurzer Zeit die Domänen geräddelt und die Güterverhältnisse im großen betriebend wird. Die Freisinnigen haben allen Anlaß, ihre Ansichten über die Politik der Konservativen und über die Erfolge unserer Wirtschaftspolitik zu veridieren.

Abg. Hestermann (Widb.): Der große Fehler an der Landwirtschaft liegt darin, daß, wenn die Landwirtschaft in einem Zweig eine Zeilang rentabel ist, bald eine Ueberproduktion eintritt, und dieser Zweig ganz unrentabel wird. Der Bauernbund hat von jeder Schutzpolitik getrieben, insbesondere für Hopfen, Gemüse, und Obstbau. Auch ein Milch- und Mahlzoll ist nötig. Die Frage der inneren Kolonisation darf nicht als Schlagwort in die Massenverammlungen geworfen werden. (Huh, huh! bei den Soz.) Die Güterverhältnisse ist für den Bauernstand außerordentlich gefährlich. Ich habe nicht rechts oder links zu vertreten, sondern das Wohl des Bauernstandes. Deshalb behauere ich, daß Dr. Böhm keine Angriffe gegen rechts richtete, gegen links aber kein Wort fand. (Vizepräsident Dr. Paasche

bittet, persönliche Auseinandersetzungen an dieser Stelle zu unterlassen. Unruhe rechts. Dr. Paasche: Ich habe keinerlei andere Bemerkungen des Redners gehört als solche, die die Stellung zum Bauernbund betrafen, und mit dem Gehalt des Staatssekretärs nichts zu tun haben. Sehr richtig! Redner schließend: Wir haben den gemeinsamen Kampf zu führen gegen den inneren Feind, gegen die Sozialdemokratie. (Lärm links, Bravo! rechts.)

Abg. Bruhn (Apt.): Die Regierung hat viel zu wenig übrig für den Mittelstand. Besonders müssen die Handwerker geschützt werden, die durch die Rücksichtslosigkeit der Terrainspekulanten und Schwindelbauunternehmer ausgebeutet werden. Dagegen müssen gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, ebenso gesetzliche und steuerliche Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen der Warenhäuser. Der Forderung, die Strafbestimmungen bei Streiks zu verschärfen, können wir nicht zustimmen, da wir die bestehenden Gesetze für ausreichend halten. Bei den Versicherungsämtern wird eine behauerliche Rentenquerscherz getrieben. Das offizielle Nachrichtenwesen muß verstaatlicht werden. Das B. L. B. bezeichnete jüngst die Behauptung des Abg. Werner, daß Wolff-Depechen vor der Veröffentlichung dem Bankhaus Reichardt vorgelegt würden, als aus der Luft gegriffen. Das B. L. B. scheint gewisse Vorgänge von 1900 vergessen zu haben, wo gerichtlich festgestellt wurde, daß mehrfach Depechen dem Bankhaus Reichardt vorgelegt worden sind.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Es ist begreiflich, daß die Unternehmer sich der Streikbrecher bedienen, aber daß man sie hier verteidigt, ist nicht zu verstehen. Ueberausend ist die Mäßigkeit des Zentrums auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Wenn es sich um die Jesuiten handelt, zeigt es mehr Interesse. Hätte es bei den Arbeitern ein solches Interesse, so könnte von sozialer Mäßigkeit bei Arbeitswilligenschutz und dergleichen keine Rede sein. Wer aber in den Wahlkampf mit der Karole zieht: Lieber den Teufel als Quä, der darf sich nicht beklagen, wenn ihm hinterher der Teufel im Nacken sitzt. Jetzt sind die christlichen Gewerkschaften in Rötten. Es ist ihnen schon der Rat gegeben worden, die Firma zu ändern und sich nationale Gewerkschaften zu nennen. Man will sich vor den Jüngern Roms dadurch schützen, daß man sich unter die Fittiche der Regierung flüchtet. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich der Redner gegen die Rede des Staatssekretärs zur Verteidigung des gegenwärtigen Zolltarifs und sucht nachzuweisen, daß die Lebenshaltung ungleich höher verteuert worden sei, als das Wachstum der Löhne. Auch liegt kein Anlaß vor, jetzt bei der Frage der Sozialpolitik auszurufen, im Gegenteil, es gäbe recht viel zu tun, namentlich auch für die Jugendlichen. Auch für die Bergarbeiter muß noch viel geschehen. Was wird durch eine übertriebene Arbeitszeit nicht an der Arbeitskraft des Volkes gesündigt. Das läßt sich niemals wieder gut machen. Außerdem werden die Menschen eher anfällig gegenüber verherberenden Krankheiten. Durch wirksamen Arbeiterschutz und durch eine Verkürzung der Arbeitszeit kann man mehr an Volkssparital sparen, als jemals später wieder durch Maßnahmen gut gemacht werden kann. (Beifall.)

Abg. Giesberts (Zentr.): Die Sozialdemokratie hat den Gewerkschaftsgebanten in Parteischablonen gepreßt. (Beifall rechts im Zentrum.) Ich weise den Vorwurf zurück, die christlichen Arbeiter handelten freventlich, wenn sie eine besondere Gewerkschaft bilden und sich nicht der Sozialdemokratie angeschlossen haben. Jetzt, wo die Arbeiter geschlossen sein sollen, um die Angriffe gegen die Koalitionsfreiheit abzuwehren, bringt die Sozialdemokratie wieder Zwiespalt in ihre Reihen. (Bravo!)

Abg. Schwabach (natl.) wünscht, daß die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen den in diesen Betrieben seit Angestellten gleichgestellt werden. Außerdem bittet er den Reichstanzler, uns eine Denkschrift über die bisherigen Rechtsverhältnisse der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen vorzulegen. Auf das Streikrecht verweist die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter selbst. Wir hoffen, daß unter Antrag auf Verlegung einer Denkschrift zu einem Friedensinstrument zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern werden wird.

Staatssekretär Delbrück: Der fortschrittlichen Resolution auf Verlegung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Verhältnisse der Staatsarbeiter stehen die verbündeten Regierungen noch ablehnend gegenüber. Dagegen bin ich bereit, gemäß dem nationalen Antrag eine Denkschrift vorzulegen.

Abg. Vogt-Hall (Konf.): Die Darlegungen des Abg. Gothein über die Zustände in der Landwirtschaft sind unzutreffend. Es wäre endlich an der Zeit, der Forderung einer Millen- umsatzsteuer näher zu treten. Zur inneren Kolonisation eignet sich bei weitem nicht jedes Gelände. Die wahren Freunde des Mittelstandes sitzen nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite. (Der Präsident trägt den Abg. Vogt-Hall wegen der in seinen Ausführungen enthaltenen persönlichen Epochen gegen den Abg. Gothein.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt, vorher kurze Anfragen.

Abg. Wasserwurm (natl.) stellt fest, daß Abg. Hestermann seine heutige Rede weder im Namen noch im Auftrag der nationalliberalen Partei gehalten hat. Vielmehr habe die Fraktion einstimmig beschlossen, das Hospitantum mit dem Abg. Hestermann aufzuheben. (Andauernde Beifall.)

Badische Politik.

Eine sehr merkwürdige Stellung

nimmt die badische Regierung zum Arbeitswilligengesetz ein. In seinen diesbezüglichen Ausführungen in der gestrigen Landtagsdies verneinte zwar Herr Minister v. Bodman, daß ein derartiges Gesetz vorliege, befandete jedoch im übrigen seine Stellung zu einem eventuellen derartigen Gesetz in einer so eigenartigen Stilisierung, daß man von einer gewissen Geneigtheit der badischen Regierung für die Wünsche der Scharfmacher reden kann. Die badische Regierung hat es zwar bisher nie für nötig gehalten, sich die Wünsche der Mehrheit der Volksvertretung als höchste Richtschnur ihres Handelns dienen zu lassen. Ob sie damit klug tat, mag dahingestellt bleiben. Schlimmer, viel schlimmer wird jedoch die Sache, wenn sie, um der Wünschen einer zwar mächtigen jedoch kleinen Klasse gefällig zu sein, der Mehrheit des badischen Volkes vor den Kopf stoßt. Denn ein Arbeitswilligengesetz findet nicht nur Gegnerschaft bei den freigewerblichen Arbeitern, sondern die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Schattierung, muß aus Selbstunterhaltungstrieb einem derartigen Gesetz Todesfeindschaft ansagen. Die wenn auch vorsichtig gehaltenen Bemerkungen des Ministers v. Bodman über die Frage des Arbeitswilligenschutzes müssen daher nicht nur lebhaft bedauert werden, sondern es muß auch der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben werden, daß ausgerechnet Herr v. Bodman sich in so hohem Maße zum Sprachrohr von Ansichten machte, die sonst nur bei der ausgeprochenen Reaktion zu finden sind. Bemerkte wohl der Herr Minister den Widerspruch zwischen seinen geizigen Äußerungen und früheren Anschauungen nicht?

Maniert bis auf die Knochen

hat sich die von Herrn Banischbach geleitete Fraktion der rechtsstehenden Vereinigung. Sie hat ihre beiden Initiativanträge auf Verstaatlichung der Volksschule und Einführung von Beamtenauslässen zur rückgezogen. Herr Banischbach scheint mit dem konservativen Programm auf sehr gespannten Füßen zu stehen, sonst hätte er die Anträge nicht unterschrieben. Anscheinend ist ihm erst nachträglich zum Bewußtsein gebracht worden, daß diese geistigen Anleihen bei der Sozialdemokratie nicht vertragen. So gehts, wenn eine Fraktion 'topflos' ist.

Zeitungsagitation auf der Kanzel.

Wie aus Konstanz berichtet wird, läuft die kirchliche Gehe gegen das Krematorium auf eine Kanzelpropaganda für das Zentrumsblatt, die „Konstanzer Nachrichten“ hinaus. Zwei Geistliche verlasen auf der Kanzel den Protest, in dem sich folgende Stelle befindet:

Dieses Blatt (nämlich die liberale „Konstanzer Zeitung“ D. Red.) vertritt die Interessen der Freidenker und Freimaurer, glaubensloser Sozialdemokraten, abgefallener Katholiken und frivoler ungläubiger Juden. Diese mögen das Blatt halten. Für gläubige Katholiken ist es keine Zeitung.

Das schönste aber ist, daß zwei andere Geistliche, die diesen Protest ebenfalls von der Kanzel verlesen, selbst Aktionäre der von ihnen empfohlenen Zeitung sind und selbst im Aufsichtsrat sitzen. Sehr niedlich, nicht wahr?

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Oppenan, 29. Jan. Am Sonntag, 1. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im „Thore“ hier, eine öffentliche Versammlung statt. Landtagsabg. Gen. W. Kolb-Karlsruhe wird über „Die bevorstehende Reichstagswahl und die Laten der bürgerlichen Parteien im Reichstag“ sprechen.

Wähler heraus! und in die Versammlung, um zu prüfen, ob ihr eure Stimme einem Professor, oder Banischbändler, oder dem Mann aus dem Volke, Franz Geiler aus Reffelried geben wollt.

1. Gengenbach, 29. Jan. Die Parteigenossen werden zu der morgen Samstagabend im „Merischen Hof“ stattfindenden Mitgliederversammlung nochmals eingeladen. Wegen der überaus wichtigen Besprechung wegen der am Dienstag stattfindenden Reichstagswahl darf kein Genosse fehlen. — Zugleich machen wir auf die am Sonntag den 1. Februar, nachmittags 1/4 Uhr im „Lindenlaale“ stattfindende öffentliche Volksversammlung aufmerksam.

Oberkirch, 28. Jan. Parteigenossen! Auch an dieser Stelle wollen wir auf die am Samstagabend im „Saalhof“ stattfindende Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins aufmerksam machen. Da die Vorbereitungen zur Flugblattverbreitung, wie die Arbeiten am Wahltag besprochen werden müssen, ist es Pflicht, daß jeder seinen Mann stellt. Auch die Gewerkschaftsmitglieder sind hierzu freundlich eingeladen.

Ferner weisen wir darauf hin, daß am Montag, 2. Febr., im Lokal „Bad. Hof“ unser Reichstagskandidat Redakteur Gen. Geiler-Mühlhausen sprechen wird. Parteigenossen und Anhänger unserer Sache! Ein letzter Appell ergeht an euch, jagt für eine gut besuchte Versammlung! Rufen wir die letzten Tage und Stunden aus, indem wir die Indifferenten aufklären und die Säumigen aufrütteln, ihre Wahlpflicht zu erfüllen.

— Meiner des Mittelhandes, so dürfte das Zentrum sich züßlich nennen, meinte der Abg. Haufer in der neulichen Wahlversammlung in Offenburg im Unionsaal. Gerade im Unionsaal klingt diese Phrase ganz besonders schön. Sie klingt aber fast wie ein Selbsthohn. Dieser Unionsaal ist bekanntlich ein Teil des katholischen Vereinshauses, einer Zentrumsgründung, die für die anderen Saalbesitzer und Hotelier eine schwere, harte Konkurrenz bedeutet. Der Saal wird nebenbei von den verschiedensten Vereinen, der „haute volée“ und auch für die flottesten öffentlichen Anbahnungsanstaltungen, Karnevalsveranstaltungen und Karrenfahrten mit den schmodderigsten Souplets benutzt. In diesem Unionsaal, ebenso im Wingenhaus und im Marienhaus sind Fremden- und Pensionszimmer in ganz enormer Anzahl. Selbstverständlich sind durch diese kommen, eifrigen Geschäftsbetriebe private Gasthöfe, Restaurationen und Kaffeehäuser aus schwerer geschäftl. Das Stadttheater hat durch viele Dilettantenaufführungen im Unionsaal ebenfalls großen Erfolg, da die Billette zu Unionsvorstellungen mit allen Mitteln spezialisiert werden. Das große Warenhaus Steinberg ist mit ganz bedeutendem Mietzins in einem prächtigen Haus etabliert, das Eigentum eines Zentrumsagitatoren ist.

Ist bei solchen Laten nicht ganz unwiderleglich bewiesen, daß das Zentrum den Mittelhand „forsam behütet“, dagegen die Sozialdemokratie den Untergang des Mittelhandes mit innerlichem Eifer fördert? Im letzten Landtag hat bekanntlich die sozialdemokratische Fraktion zur Förderung des Mittelhandes die verlangten Staatsmittel einstimmig bewilligt, ja hätte deren Erhöhung gerne gesehen. Vielleicht hat der Abg. Haufer einmal Zeit, die Landtagsberichte nachzulesen, ehe er im Unionsaal die Sozialdemokratie wieder als „Feindin des Mittelhandes“ zu Wahlzwecken verklärt.

Sozialdemokratische Wählerversammlung.

Am Sonntag, 25. Januar, fand in Diersberg eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Parteisekretär Gen. Trinius aus Karlsruhe verlas es, in seinem Referat die Anwesenden über unsere Forderungen in der Reichspolitik, im Militärwesen und besonders für die Landwirtschaft aufzuklären und erntete am Schluß seiner Ausführungen reichen Beifall. Da sich an der Diskussion niemand beteiligte, forderte Gen. Hoffmann die Anwesenden auf, die Worte des Referenten zu beherzigen und dazu beizutragen, daß am 3. Februar der sozialdemokratische Kandidat Genosse Geiler aus Mühlhausen mit großer Stimmenzahl aus der Wahlurne hervorgeht und sich die gut verlaufene Versammlung.

1. Verhauften, 27. Jan. Eines guten Besuches erfreute sich die am letzten Sonntag hier stattgehabte öffentliche Volksversammlung, was umso mehr erfreulich war, da einzige Zentrumsanführer unsere Versammlungsplakate sofort nach dem Anlehen wieder wegrißten. Der Referent, unser Reichstagskandidat Franz Geiler, verlas es in meisterhafter Weise, durch ein vorzüglich angelegtes Referat die Zuhörer von Anfang bis Schluß zu fesseln. Besonders beherzte er die Kampfesweise der „Offenburger Zeitung“, die jeden anständigen politischen Gegner derart in den Kot ziehe, daß man es nicht mehr „kritisch“ nennen könne. Nach Schluß der Versammlung belamen wir von manchen Besuchern zu hören, daß die Rede

Geilers doch was ganz anderes war als die des Zentrumskandidaten Dr. Birtz, welcher vor 14 Tagen hier eine Versammlung abhielt und durch Wige und Rätseln und oberflächlichen Dingen seine Zuhörer „begeisterte“. Als Geiler in seinem Referat auch auf den „Segen“ der letzten Tabaksteuer zu sprechen kam und ausführte, daß er schon vor zirka drei Jahren hier in einer Versammlung betonte, daß die neue Tabaksteuer eine Schädigung der hitzigen Tabakbauern mit sich bringen wird, wurde ihm allgemein zugestimmt; herrschte doch hier in den letzten Tagen unter den Tabakbauern allgemeine Unzufriedenheit, da sie bei der vor zehn Tagen stattgefundenen Tabaksteuerbewegung mit 24 Mk. pro Zentner abgeseigt wurden. Das Zentrum wird natürlich die Schuld wieder auf die Fabrikanten abladen, weil sie nicht mehr bezahlen. Mit der Aufforderung, am 3. Februar weder dem Großhändler Kälch noch dem Professor Dr. Birtz eine Stimme zu geben, sondern Mann für Mann für unsere vollstündigen Kandidaten Franz Geiler einzutreten, schloß der Versammlungsleiter die gut verlaufene Versammlung.

Liberaler Wählerversammlung.

Weier, 27. Jan. Am letzten Sonntagabend fand im „Schwanen“ dahier eine von den liberalen Parteien einberufene Wählerversammlung statt. Herr Hauptlehrer Baisgang-Karlsruhe besprach in eingehender Weise die Stellung der liberalen Parteien zum Militärwesen, der Landwirtschaft, der Sozialpolitik, Religion usw. In der Diskussion trat ihm Landtagsabgeordneter Gen. Weber entgegen. In ruhiger, klarer Weise kritisierte er zuerst die Lokalabrede durch das Zentrum. Wenn auch diese Herren glauben, auf diese Weise die Ideen des Sozialismus fernhalten zu können, so kann ihnen getrost gesagt werden, daß unsere Flugblätter dennoch bis in den hintersten Schwarzwaldwinkel gelangen. Alsdann zeigte er den Anwesenden, daß die Antwort des Volkes im Jahre 1912, in dem es 110 Sozialdemokraten in den Reichstag schickte, nicht ohne Erfolg geblieben ist. Im Jahre 1909, als nur 48 Sozialdemokraten im Reichstag waren, waren die bürgerlichen Parteien einig, 500 Millionen Mark indirekter Steuern aus den Taschen des werktätigen Volkes zu ziehen. Aus Angst vor der Sozialdemokratie wurden aber die einmaligen Ausgaben der letztjährigen Militärvorlage menigstens auf die Schultern der besitzenden Klassen durch die sog. Wehrsteuer gelangt. Aber auch im Militärgerichtswesen müsse gründliche Remedur geschaffen werden. Daß das eine Notwendigkeit ist, dafür sprechen die Kriegsverurteilungen der letzten Zeit Bände. In den weiteren Ausführungen legte Gen. Weber die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft und Sozialpolitik dar. Besonders bei der letzteren wurden sämtliche Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie durch die bürgerlichen Parteien glatt abgelehnt, ja gar bei der Altersversicherung, wo die Sozialdemokratie die Verabschiedung der Altersgrenze von 70 auf 66 Jahre verlangte. Bezüglich der Religion betonte Gen. Weber, daß diese nicht in den Wahlkampf gehöre. Religion ist Herzenssache. Was der Mensch glaubt, geht niemand etwas an. Man könne ein guter Christ und zugleich ein eifriger Sozialdemokrat sein. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, die mit seinen Ausführungen einverstanden seien, am 3. Februar unserem Kandidaten Gen. Geiler, welcher sich von gewöhnlichen Arbeiter bis zum verantwortungsvollen Boten eines Redakteurs emporgearbeitet hat, die Stimme zu geben. Mit Beifall wurden seine fünfviertelstündigen Vortragsausführungen aufgenommen.

Aus der Partei.

Fork, 29. Jan. Eine traurige Pflicht mußten wir heute erfüllen, indem wir unseren Parteigenossen Friedrich Hoffmann zur letzten Ruhe begleiteten. Der Verstorbene, der im 48. Lebensjahre stand, war einer der ersten in unserem Orte, welcher aus Überzeugung und Liebe zu unserer edlen Sache den Mut hatte, sich offen als Sozialdemokrat zu bekennen. Das Andenken des Verstorbenen werden die hiesigen Genossen in Ehren halten.

Kommunalpolitik.

Krankenhausbau in Pforzheim genehmigt. Der Bürgerausschuß von Pforzheim hat nahezu einstimmig den Stadträtlichen Vorschlag, das neue Krankenhaus nördlich der Wilsbergstraße in der Nähe des Waldes zu errichten genehmigt und für Grundstückskaufe rund 180 000 Mk. bewilligt. In einer anschließenden nicht öffentlichen Sitzung machte der Oberbürgermeister vertrauliche Mitteilungen über die Frage der Errichtung eines Landgerichts in Pforzheim.

Gründung einer Hypothekensicherungsgenossenschaft in Freiburg. Der Grund- und Hausbesitzerverein in Freiburg hat sich, wie die übrigen Hausbesitzervereine Badens, seit längerer Zeit schon mit der Hypothekensicherungsfrage beschäftigt. Es wurden dabei bei annähernd 20 Städten Erkundigungen eingeholt über die dortigen Hypothekensicherungsverhältnisse und über die Art und Weise der Beschaffung von Geldern. Aus dem gesamten Material ergab sich, daß nur auf dem Wege der Selbsthilfe Wandel geschaffen werden kann. Da die Stadtverwaltung eine nennenswerte Unterstützung in Aussicht stellte, beschloß der Grund- und Hausbesitzerverein, eine Hypothekensicherungsgenossenschaft m. b. H. zu gründen. Eine spätere Hauptversammlung wird sich mit der endgültigen Gründung zu befassen haben.

Mitgliedliches und Fortschrittliches aus Mühlheim. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Bier von 60 auf 66 Pf. Diese Erhöhung wurde vom Gemeinderat mit Mühsicht auf die wirtschaftliche Bedeutung des Neubaus getadelt in der Mühlheimer Abendbesprechung. (1) Einstimmige Annahme fand dann die Vorlage des Gemeinderats über einen Neuwettbewerb zu einem Volksschulneubau. Die Kosten des Neubaus sind auf 270 000 Mk. veranschlagt.

Anlage eines Zentralfriedhofs in Ludwigsbafen. Die Stadtverwaltung von Ludwigsbafen in der Pfalz hat ein Projekt aufgegeben, das für die Stadt mit ihren Vororten Ludwigsbafen und Priesenheim einen Zentralfriedhof, möglicherweise einen Waldfriedhof schaffen soll. Unter Umständen ist auch auf diesem Zentralfriedhof die Errichtung eines Krematoriums vorgesehen. Die vorhandenen, räumlich weit auseinander liegenden drei Friedhöfe werden dann außer Benutzung kommen. Der Zentralfriedhof soll an die äußerste Peripherie der Stadt, auf dem Gelände zwischen Frankentaler- und Kaudacherstraße, nahe bei Lagersheim, kommen. Die Gesamtkosten dürften auf ungefähr drei Millionen Mark kommen.

Gewerkschaftliches.

Gaggenau, 20. Jan. Gewerkschaftstarell. Das hiesige Kartell hatte im verfloffenen Jahre den Beschluß gefaßt, mit dem Inhaber des Apollo-Lichtbild-Theaters Rücksprache zu nehmen betr. Vorführung eines lehrreichen Films. Der Beschluß hat jetzt unseren Wunsch erfüllt, indem am Samstag, Sonntag und Montag das fünfaktige Drama „Germinal“ (Reinmann) von Zola zur Aufführung gelangt. Das Drama zeigt uns das Leben und die Gefahren der Bergarbeiter. Es kann den Arbeitern warm empfohlen werden, die Aufführungen zu besuchen; es hat für jeden einen belehrenden Wert.

Aus Gaggenau schreibt man uns: In der Dreherei 2 der Benzwerke waltet seit geraumer Zeit ein Herr D. als Meister. Der Herr hat ganz verstanden, daß er auch einmal Arbeiter war. Schon mehrmals mußten die Arbeiter Stellung gegen ihn nehmen. In der letzten Zeit leistet der Mann nun wieder ganz besonderes im Abziehen. Man gewinnt die Ansicht, daß Herr D. die Arbeiter aus seiner Tasche zahlen müsse. Die Abzüge sind derart, daß die Arbeiter beim besten Willen ihren bisherigen Verdienst nicht mehr erreichen können. Das geschieht in der heutigen teureren Zeit und mitten im Winter. Diese Zeit scheint aber dem Meister besonders zu seinem Vorzugen geeignet zu sein, sagte er doch kürzlich zu einem Arbeiter: „Ihr habt lange genug den Handtrieb aus uns gemacht, jetzt sind wir dran!“ Weiter hat der Mann verraten, daß bessere Arbeiter 70 und mittlere Arbeiter 66 Pf. pro Stunde verdienen sollen. Das bedeutet für eine ganze Reihe von Arbeitern eine Verdienstschmälerung von 4-5 Pf. pro Stunde. Die Abforderte werden von Herrn D. aber zum Teil derart angefaßt, daß nicht einmal die von ihm selbst genannten Stundenverdienste erreicht werden. Ein wahres Schrecktempo müssen die Arbeiter anfechten. Das hat auch für die Firma ganz bedeutende Nachteile. Unter dieser Hebe muß notwendigerweise die Arbeit leiden, sie kann bei den Preisen einfach nicht mehr labelllos hergestellt werden. Trotz Aufforderung hat sich der Meister noch nicht dazu verstehen können, den Arbeitern einmal etwas vorzuarbeiten. Auch berücksichtigt der Herr D. die Leistungsfähigkeit der einzelnen Maschinen nicht genügend. Es scheint da am dem nötigen Verständnis für die Einteilung der Arbeit zu fehlen. Herr D. hat in einer früheren Abteilung ähnlich gewirtschaftet. Der frühere Betriebsleiter sah sich sogar gezwungen, einigemal die von Herrn D. festgesetzten Preise zu erhöhen. Ein Arbeiter suchte die Herabsetzung seiner Afforde durch Verbesserung der Arbeitsmethode wettzumachen und da mußte er sich von Herrn D. sagen lassen: „Es ist fraglich, ob Sie jetzt überhaupt den von mir festgesetzten Preis erhalten.“ Das nennt man dann das Interesse der Firma wahren.

Auch in der Reparatur verkommen die Klagen der Arbeiter nie. Da kommt es zunächst vor, daß sich die Arbeiter 8 Tage lang in dem gleichen Wasser Gänge und Gesicht reinigen müssen. Warmes Wasser kennen die Leute überhaupt nicht. Im allgemeinen herrscht hier der Stundenlohn vor. Doch wird auch manche Arbeit im Afford vergeben. Es kommen da immer nur einzelne Stücke in Betracht. Dafür werden dann die Massenpreise der Spezialmaschinen vom großen Betrieb angefaßt. Dabei können die Leute natürlich nichts verdienen. Dem Meister B. wird die Arbeit durchweg auf Material warten. Die schlechtesten Arbeitsmaschinen und mangelhaftes Werkzeug sind auch hier nicht dazu angetan, die Arbeit zu fördern. Um diese Abteilung für die Arbeiter zu einer wahren Hölle zu gestalten, bemüht sich der Meister seinen Arbeitern gegenüber einer wahren „menschenföndlichen“ Behandlung. Der Herr scheint der Meinung zu sein, daß die Arbeiter taub sind. Von morgens bis abends wird gebrüllt. Auch mit zoologischen Namen werden die Leute tituliert. Abzüge für Schuldenersatz sind in seiner Abteilung so an der Tagesordnung wie hier. Die Schuld an mangelhafter Arbeit wird immer dem Arbeiter aufgebürdet. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Schuld häufig an anderer Stelle zu suchen ist. Der Arbeiterwechsel in dieser Wunde ist ein ganz betrüblicher. Gerade hier wäre es vorteilhaft, wenn alte, eingearbeitete Leute vorhanden wären. Der Direktor hat diese Verhältnisse bekannt, geändert wird nichts. So bleibt kein anderer Weg, als der Öffentlichkeit diese Dinge einmal zu unterbreiten.

Aus dem Lande.

Durlach. Sozialdemokratischer Verein. Morgen Samstag, abends halb 9 Uhr, findet im „Schwanen“ eine Mitgliederversammlung statt mit Vortrag über „Die Finanzdebatte im bad. Landtag“. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu dieser Versammlung einzufinden.

Der Konsumverein für Durlach und Umgebung hielt am vergangenen Sonntag im Gasthaus zur „Blume“ seine vierteljährliche Mitgliederversammlung ab. Wie aus dem Geschäftsbericht, erstattet durch den Vorstand, hervorgeht, hat der Verein in den verfloffenen Monaten Oktober bis Dezember einen Gesamtumsatz von 120 246,18 Mk. zu verzeichnen. — Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug sich auf 93 604,90 Mk. Die sonstigen Einnahmen resultieren aus den verschiedenen Geschäftszweigen, wie Milch-, Brennmaterialien-, Kartoffel- und Pfefferzweiggeschäft. — Der Verein zählt heute im Umfang des 10. Geschäftsjahres 1388 Mitglieder. Die Mitgliederzunahme hat sich seit dem 1. Oktober 1913 um 176 erhöht; wovon 120 Mitglieder auf den Nachbarort Gröbningen entfallen. — In Anbetracht dieser erfreulichen Tatsache hat die Versammlung einstimmig beschlossen, in aller nächster Zeit am dortigen Platze eine weitere (7.) Verkaufsstelle zu errichten. — Die Verwaltung soll sich nach einem geeigneten Verkaufsort umsehen und wollen wir hoffen und wünschen, daß diese neue Filiale sich würdig den anderen Verkaufsstellen angliedert.

Der Verein, welcher am 1. Oktober 1913 sein 9. Geschäftsjahr zurückgelegt hat, ist aus kleinen Anfängen und schwierigen Verhältnissen hervorgegangen, hat sich durch die Reihe von Jahren immer schrittweise vorwärts entwickelt und konnte seit Beziehen schon die ansehnliche Summe von 87 450 Mk. als Einbringung an seine Mitglieder wieder in Form von Dividenden zurückerstatten. Der Durchschnittsbetrag stellt sich somit pro Mitglied auf ca. 100 Mk., es sind aber Mitglieder vorhanden, die schon 300 Mk., ja sogar 400 Mk. zurückerhalten haben. Hieraus geht deutlich hervor, welcher Segen im Konsumgenossenschaftswesen begründet ist.

Mögen die Mitglieder durch genossenschaftliche Treue und fernerhin ihre ganze Kraft einsehen und immer weitere Kreise sich dem Konsumverein anschließen, dann verpricht das laufende 10. Geschäftsjahr ein gutes Resultat zu zeitigen und die Gewähr für ein weiteres Wachsen, Wüthen und Gedeihen am Baume der Konsumgenossenschaft ist gegeben.

Brudsal.

Monatsversammlung. Die Februarversammlung muß umständehalber am Samstagabend stattfinden. Als Referent wird der Genosse Leppert aus Etlingen erscheinen. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, recht zahlreich zu erscheinen.

Etlingen.

Sozialdemokratischer Verein. Morgen Samstag, abends halb 9 Uhr, findet im Kraut Park über Versammlung statt. Parteisekretär D. Trinius wird hierbei einen Vortrag halten. Wir erwarten, daß unsere Mitglieder vollständig erscheinen. Auch die Volkshilfsvereine sind zur Teilnahme freundlich eingeladen.

Ein Lichtbildervortrag, veranstaltet vom Deutschen Metallarbeiterverband, findet Montag, 2. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Sonnenlaale“ statt. Vorgeführt wird: „Im Zeichen des Weltverkehrs“ (Wanderungen durch Städte, Seefahrten usw.). Es ist zu erwarten, daß die Arbeiter sich für diesen interessanten Lichtbildervortrag, welchen der beliebteste Herr Schürmann-Stuttgart halten wird, nicht entgegen lassen wird, umso mehr, als der Eintrittspreis nur 20 Pf. beträgt.

**Straßburg.**

**Verbesserung der Bahnverbindungen.** Im Laufe der nächsten Monate wird die vom Landtag genehmigte Kurze Regelschicht-Bündelung zur Ausführung kommen. Dadurch wird eine direkte Verbindung Straßburg-Offenburg-Schwarzwald-Oberland hergestellt. Der Hotelierverband des Schwarzwaldes erhebt diese direkte Verbindung ohne Umwege in Appenweier schon längst, damit dadurch der Fremdenverkehr vom Elsaß nach Baden überleitet wird.

**L. Wegen des Reklamschlags** verließen 18 Angeklagte aus dem Oberkircher Bezirk und einer von Wohlbach, Dieselben wurden von der Strafkammer zu Geldstrafen von 4 bis 15 M. verurteilt.

**L. Ein Brand** kam in der Nacht zum Donnerstag im Hause des Küstermeisters Ehrhard in der Gerberstraße zum Ausbruch. Etwa um halb 2 Uhr wurde alarmiert, da sah man auch schon das Feuer zum Dach heraus schlagen. Es muß in einem Dachzimmer ausgebrochen sein, wo drei Arbeiterfamilien wohnen, die zum Teil nicht verhehrt sind. Fünfzehn Kinder wurden in der Brauerei Wagner liebevoll aufgenommen und gepflegt. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit des Feuers Herr geworden. Das Haus wurde durch das Wasser stark beschädigt, ebenso das Nachbarhaus des Blechschmieds Gufschle.

**Mannheim, 28. Jan.** Vorgefien früh wurde an der Station Sandhof von dem Zugzug 19, der, von Mannheim kommend, um 6.03 Uhr Lampertheim passiert, der 28 Jahre alte Schlosser Karl Robert überfahren und fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verunglückte wollte den bereitstehenden Arbeiterzug noch erreichen, wobei er beim Überfahren der Gleise von dem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zugzug erfaßt wurde.

**Mannheim, 29. Jan.** In der Nähe der Brauereien sprang gestern der 27 Jahre alte Bautechniker Karl Wartsch von einem von Feudenheim kommenden Zug, kam aber infolge des Glattseins zu Fall, so daß er unter die Räder kam und ihm die Beine des linken Fußes abgefahren wurden. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern vormittag in der Zellstoff-Fabrik Walshof zugetragen. Der aus Leipzig gebürtige Schlosser Ernst Siebert wurde bei Reparaturarbeiten an einem Kohlentransporteur von dem Getriebe erfaßt, ihm der Kopf eingedrückt und das rechte Bein amputiert. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der 37jährige Mann hinterläßt eine Witwe und drei unmündige Kinder. In der Frühe des gestrigen Tages stürzte sich die 46 Jahre alte Ehefrau eines in Nedarau wohnenden Fabrikarbeiters aus einem Fenster des dritten Stockes des Krankenhauses auf den Hof hinunter, was ihren alsbaldigen Tod zur Folge hatte. Der Grund der Tat ist ein unheilbares Leiden.

**Keil, 29. Jan.** Unsere Stadt befiel nach dem Kriege eine Befestigung nach dem Rheine zu, die aus drei Teilen der Nordbatterie der Mittelbau und der Südbatterie bestand. Die Südbatterie fand nach dem Kriege als Amtgefängnis Verwendung, in dem Mittelbau wurden verschiedene Wohnungen untergebracht und die Nordbatterie ist bereits in den 80er Jahren beseitigt worden, um Raum für den Kasernen-Neubau zu schaffen. Jetzt soll auch die Südbatterie abgebrochen werden, da ein Neubau für das Amtgefängnis notwendig ist.

**Freiburg, 29. Jan.** In der Kaserne hat sich gestern Abend der 21jährige Musikant Anton Ritter von der 3. Kompanie des Inf.-Regts. Nr. 113 mit seinem Dienstgewehr erschossen. Der Lebensmüde stammte aus Reimrod im württembergischen Oberamt Alsen. Die Beweggründe für die Tat sind noch nicht bekannt.

**Freiburg, 28. Jan.** Heute früh stürzte anscheinend in schlaftrunkenem Zustande die 57jährige Ehefrau eines Kaufmanns aus der im 2. Stock gelegenen Wohnung zum Fenster heraus auf den Gehweg. Die Frau zog sich dabei so schwere Verletzungen zu, daß sie starb.

**Willingen (am Mosbach), 28. Jan.** Beim Stammholzfahren ereignete sich ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Der 15jährige Sohn des Säges- und Schneidmüllers Josef Frei geriet unter den schwer beladenen Wagen, wurde überfahren und erlag den erlittenen Verletzungen.

**Großschafen, 28. Jan.** Gestern früh beim Wollerschießen singen die Arbeiter des Wagnermeisters Adam Fröschinger plötzlich Feuer, jedoch dieser gräßliche Brandwunden an Kopf, Körper, Armen und Händen davontrug.

**Heberlingen, 29. Jan.** Auf schreckliche Weise verübte in Weisdorf der Landwirt Hugo Selbstmord. Der dem Alkohol ergebene Mann zündete nach reichlichem Schnapsgenuß sein Haus an, legte sich auf den Heuboden nieder und fand in den Flammen den Tod. Das Haus wurde vollständig zerstört.

**Nachmal der holschneidende Herr Oberlehrer.** Aus Anielingen schreibt man uns: Von gewisser Seite wird behauptet, die Kritik, die an dem Verhalten des Herrn Oberlehrers geübt worden sei, sei nur eine persönliche Angelegenheit eines einzelnen, die Allgemeinheit habe damit nichts zu tun. Diesen unwahren Angaben gegenüber sei festgestellt, daß das Verhalten des Oberlehrers in einer öffentlichen Versammlung am 14. Dezember 1913 im „Hirsch“ von allen Teilnehmern gerügt worden ist. Es ist also die Allgemeinheit, die an diesen Zuständen Anstoß genommen hat und sie öffentlich gerügt hat. Und die Gemeindeglieder glauben dieses Recht der Kritik zu haben, solange sie die Pflicht haben, auch die Hauptlasten für die Schule tragen zu dürfen. Es muß als eine Bräuterei der Bevölkerung bezeichnet werden, daß jetzt nach 14 Tagen, trotz unserer öffentlichen Beschwerte, noch keine Änderung des Zustandes eingetreten ist. Dem Kollegen des Oberlehrers, der in dem Artikel vom 19. Jan. das Verhalten desselben zu entschuldigen versuchte, sei mitgeteilt, daß es nie geduldet wurde, auch im alten Schulhaus nicht, daß mit Holzschufen das Schulhaus betreten wird. Die Schufe mußten von jeder im Hofe ausgezogen werden. Und dagegen richtete sich unsere Beschwerde. Es ist überhaupt auffallend, daß seit der Holzschufaffäre die Kollegen ihren Herrn Oberlehrer in Schutz zu nehmen versuchen. Es war auch schon anders. Hat man vielleicht Furcht vor dem Herrn Rektor in Karlsruhe? In anderen Punkten wäre vielleicht diese Solidarität angebracht. Daß der Herr Oberlehrer besonders nervös ist, ist hier nur zu bekannt. Daher rühren auch die Zustände im hiesigen Lehrerbien. Wenn sich die Parteien im eigenen Hause bekämpfen, dann kann nichts Erprobliches für die Schule herauskommen. Der derzeitige Oberlehrer ist nicht befähigt, dem großen Apparat mit Erfolg vorzustehen. Da gehört ein Mann als Rektor an den Platz, der nicht auf den Rat seiner Kollegen angewiesen ist und in großzügiger Weise es versteht, mit seinen Lehrenden zum Wohl der Schule zu arbeiten.

**Die Bodenseefischereiergebnisse im Jahre 1913.** Die deutsche Bodenseefischerei hat im Jahre 1913 das bisher günstigste Jahresergebnis zu verzeichnen. Es haben sich also die Bemühungen um die Hebung der Bodenseefischerei gelohnt. Insgesamt wurden 410 058 Kilogramm Frische im Werte von 308 537 M. gegen 305 511 Kilogramm im Werte von 417 764 M. im Vorjahr gefangen. Die Menge der Fische ist also mehr als ein Drittel und der Wert derselben um etwa ein Fünftel gestiegen. Am besten haben dabei die Bodenseefische abgesehen.

**Ueber den Wasserstand des Bodensees im Jahre 1913** wird berichtet: Anfolge der vielen Niederschläge hielt sich der

Jahresdurchschnitt am Norwäher Pegel auf 3,64 Meter, also am 2,5 Zentimeter höher als die Durchschnitt der Jahre 1886/1910 und 1901/1910. Der mittlere Sommerwasserstand (1. Nov. bis 30. September) betrug 4,63 Meter, der mittlere Winterwasserstand 3,27 Meter. Der höchste Stand des Jahres 1913 betrug 4,976 Meter am 25. Juli, der niedrigste 2,845 Meter am 2. Februar. Der Dezember schloß mit dem außerordentlich hohen Pegelstand von 3,31 Meter, der seit 1901 nur im Jahre 1903 mit 3,34 Meter übertroffen wurde.

**Aus der Stadt.**

**Karlruhe, 30. Januar.**

**Die Warnungen vor Schwindelkranken** bilden in der Arbeiterpresse fast eine ständige Rubrik. Trotzdem gibt es immer noch Arbeiter, die auf die verlockenden Prospekte von Hilfskassen, die sich als Schwindelkassen erweisen, hereinfallen. Einen Einblick in die Geschäftspraktiken einer solchen Schwindelkasse gestattete eine Schwurgerichtsverhandlung gegen die „Direktoren“ Hugo und Kuno Scholten wegen Konkursbetrugs, die vergangene Woche zu Frankfurt a. M. stattfand. Dieser Blick hinter die Kulissen sei zur Warnung unserer Leser nachstehend geschildert.

Die Angeklagten gründeten 1906 zunächst die Südwestdeutsche Kranken-, Unfall- und Sterbeversicherungskasse. Diese wurde vom Bezirksamt auch genehmigt, aber bald, nachdem ihr Schwindelcharakter erkannt war, die Schließung verfügt. Unterdessen errichteten die Angeklagten in einer Reihe von Städten Filialdirektionen, und als die Kasse geschlossen wurde, verlegten die Angeklagten den Sitz der Kasse einfach nach Koblenz. Von der ersten Kasse wurden die Bücher vernichtet, das Barvermögen steckten die Angeklagten in ihre Tasche. Außer dieser Südwestdeutschen Kasse gründeten die Gebrüder Scholten noch zwei ähnliche Kassen, die Mitteldeutsche in Wiesbaden und die Royal-Rentenversicherungs-Gesellschaft in Darmstadt. Für die Kassen wurde eine große Agitation betrieben; bis in die kleinsten Dörfer in Ostpreußen und Posen erstreckte sich ihre Werbetätigkeit. Das zielte erfolgreich war, zeigt die Zahl der Versicherten, die gegen 50 000 betrug. Diese Versicherten, die sich zum größten Teil aus dem Arbeiterstand zusammensetzten, wurden fast alle um ihre Beiträge geprellt. Wurden Ansprüche an die Kasse gestellt, verweigerte man aus irgend einem Grunde die Zahlung oder es wurde kurzerhand die Einweisung in ein Krankenhaus verfügt, selbst wenn dies auch nicht notwendig war. Die Gebrüder Scholten, die sich gegenseitig zu „Direktoren“ ernannten, lebten von den Beiträgen der Versicherten herrlich und in Freuden. Wie sie gewirtschaftet haben, geht aus folgenden Zahlen hervor: Die Südwestdeutsche Kasse hatte von Ende 1909 bis Mitte 1912 an Mitgliederbeiträgen eine Einnahme von 112 426 M. An Entschädigungen wurden 16 203 M. ausbezahlt, die Verwaltungskosten betragen aber 81 217 M.

Auf Grund des neuen Versicherungsgesetzes wurde die Versicherungsgesellschaft am 1. Juni 1912 in einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit umgewandelt. Sie unterstand nun dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherungen in Berlin. Dieses fand bald, daß die Geschäftsführung nicht lauter war, ließ Revisionen vornehmen, und lud dann die beiden Direktoren zu einer Besprechung nach Berlin. Hier wurde ihnen erklärt, wenn die Kasse nicht freiwillig aufgelöst würde, werde die Auflösung verfügt. Die Direktoren erklärten sich aber bereit, die Kasse aufzulösen. Einen Monat später, am 4. September, hielten sie eine Generalversammlung ab, in der Hugo Scholten eine einmalige Entschädigung von 10 000 M. gemährt wurde. Sein Gehalt, das bisher pro forma 1500 M. betrug, solle nun 6000 M., die im voraus zu zahlen seien, betragen. Außerdem sollten ihm noch drei Prozent von den Mitgliederbeiträgen zustehen. Die einmalige Entschädigung von 10 000 M. und das Gehalt von 6000 M. sollte für die ganze Dauer der Anstellung — der Vertrag lief bis 1915 — sofort zahlbar und fällig sein, wenn eine Schließung der Kasse beschlossen würde. Dieser Beschluß wurde von den anwesenden Mitgliedern durch Zuruf gefaßt, heißt es im Protokoll dieser „Generalversammlung“. Aber außer den Herren „Direktoren“ war in der Generalversammlung niemand anwesend, auch dem Kaiserlichen Aufsichtsamt wurde von der Tagung keine Mitteilung gemacht. Die Gebrüder hatten sich also Entschädigung und Gehalt selbst bewilligt. Einige Tage vorher hatte übrigens Hugo Scholten das ganze Vermögen der Gesellschaft in Höhe von 22 125 M. von der Städtischen Sparkasse geholt, weil es, wie er sagte, Bruno Scholten auf Grund seines Vertrages zustand. Ende September tagte in Gegenwart eines Regierungsrates eine ordentliche Generalversammlung, in der beschlossen wurde, die Kasse nicht aufzulösen. So wurden die Geschäfte weiter betrieben, Mitte Februar 1913 nahm Hugo Scholten das ganze Barvermögen der Kasse in Höhe von 23 250 M. an sich und verschwand zunächst in einem Sanatorium. Zuvor übergab er jedoch dem zweiten Vorstehenden eine Quittung, in der er für die Erfüllung des Generalversammlungsbeschlusses vom 4. September quittierte. Das Aufsichtsamt hatte unterdessen Konkurs über die Kasse verhängt. Durch die Erdrückung falscher Forderungen und die Verrückung des Barvermögens sollen sich die Angeklagten eines Konkursbetrugs schuldig gemacht haben, was sie natürlich bestritten. Die Geschworenen verneinten die Fragen auf Konkursbetrug, bejahten aber die Fragen, ob die Angeklagten zum Nachteil der Versicherungs-kasse gehandelt haben. Hugo Scholten habe sich außerdem der Untreue und Kuno Scholten der Beihilfe dazu schuldig gemacht. — Das Gericht verurteilte hierauf Bruno Scholten zu 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und Kuno Scholten zu 1 Jahr Gefängnis.

**Metallarbeiterverband.** Morgen Samstag Abend findet in der Gewerkschaftszentrale eine Versammlung statt, in welcher Herr A. Hornung einen durch Lichtbilder unterstützten Vortrag über den Bodensee und Umgebung nebst Besichtigung der Magawerte halten wird. Wir können den Besuch des Vortrags den Metallarbeitern auf das Beste empfehlen. (S. Inzerat.)

**Selbstmord.** In einem Hause der Kriegerstraße wurde gestern nachmittag der ledige Hausbursche Anton Volk von Feldhof im Keller erhängt aufgefunden. Er hing den Selbstmord

nach seinen früheren Neußerungen, weil er an epileptischen Anfällen litt.

**Unfall.** Gestern nachmittag 4.15 Uhr geriet ein 15 Jahre alter Fortbildungsschüler von hier beim Schlittschuhlaufen auf dem Exerzierplatz mit dem Schlittschuh in ein kleines Loch, fiel auf das Eis und brach den linken Unterarm. Er wurde ins städtische Krankenhaus verbracht.

**Veranstaltungen.**

**Zweite Damen- und Fremdenkennung der „Lassalla“.** Wer es versäumt hat, die erste Damen- und Fremdenkennung des Gesangsvereins „Lassalla“ mitzumachen, sollte wenigstens die zweite sicher besuchen, zumal dieselbe ihre Vorgängerin an allerlei Neuigkeiten noch übertreffen wird. Was die Büttenredner und Mednerinnen wieder alles auszukramen beabsichtigen, bleibt vorerst noch Geheimnis der „Elf“. Doch das ist sicher, daß sie sich alle Mühe geben werden, das neueste vom Neuen über ihre hofentlich zahlreich erschienenen Zuhörer loszulassen. Die Besucher der Veranstaltung werden über die wichtigsten Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von durchaus sachverständiger Seite unterrichtet werden, können lachen, singen und so gar tanzen für den billigen Eintrittspreis von 30 Pf. Verraten sei, daß extra für diese Sitzung ein musikalisch-theatralisch dekoriertes „Banditenchor“ sich gebildet hat, der mit seinen wunderbaren Weisen viel Nahrung verursachen dürfte. Die Sitzung ist wieder im großen Saale des „Kühlen Krug“. Vor Aufzug des Eszettas ist Konzert.

**Festhalle-Maschinenball.** Die Maschinenball-Kommission wird sich bemühen, für die beiden diesjährigen Festhalle-Maschinenbälle den Ballsaal hübsch und stimmungsvoll auszustatten. Zum erstenmal werden für die Ausstimmung u. a. eine größere Anzahl wertvoller orientalischer Teppiche verwendet werden, die von den Herren Hoflieferanten Drehschuh u. Siegel, Teppichspezialgeschäft hier, in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt worden sind. Rings um den Ballsaal werden sich Tannengrünzweige winden, an den Bundpfeifen hängen lange, mit farbigen Bändern durchwirkte Fettsäure herab und über den Restaurationsstischen auf der unteren Galerie breiten die reizenden Apparatus ihre immergrünen, vielstigen Pflanzlein aus. Epheu und Kojengeran an den Bundpfeifen vervollständigen den Schmuck. Die elektrischen Vogenlampen werden durch farbigen Stoff abgedeckt werden, so daß sie den Saal in ein leichtes rötlich-gelbes Dämmerlicht tauchen, wie es zu dem farbenprächtigen, bunten Bild des festlich durcheinanderwogenden närrischen Volkes paßt, während der kleine Saal in glänzendem Lichte erstrahlt. Die Bierstube schließlich, mit ihrer überbaherischen Ländlerkapelle soll allen jenen eine Herberge sein, die fröhlichen Humor und Fidelität gegen die Leiden und Freuden der heißgeliebten Tanzlust eintauschen. So wird ein jeder auf seine Rechnung kommen, und wenn er am Morgen das Narrenkleid ablegt, um wieder den Kopf des ehrbaren Bürgers anzuziehen, mit ihm im „Walzertraum“ sagen: „Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut.“

**Instrumentalverein.** Das zweite Morgenkonzert findet am nächsten Sonntag den 1. Februar statt und ist in der Hauptsache dem Gedächtnis Chr. B. v. Gluck (geb. 2. Juli 1714) gewidmet, dessen Ballettmusik zu „Don Juan“, wie die „Lustige Feldmusik“ für Blasinstrumente von Joh. Ph. Krieger, Nürnberg, hier erstmals zur Aufführung gelangt.

**Neues vom Tage.**

**Leutnant von Fortner.**

**Straßburg, 29. Jan.** Der Fabrikarbeiter König aus Zabern hat gegen den Leutnant Frhn. v. Fortner eine Klage auf Zahlung einer Schadenersatzsumme von 2000 Mark eingeleitet, da Fortner die noch nicht 16 Jahre alte Tochter Königs verführt haben soll. Die Gerichtsverhandlung findet am 17. Februar vor dem Landgericht in Zabern statt. Gleichzeitig ist gegen Fortner ein militärischer Disziplinarverfaß auf Grund von § 182 des Militärstrafgesetzbuchs eingeleitet worden.

**Mord und Selbstmord.**

**Biberach, 29. Jan.** Der Altkontorschänder Karl Baur wurde bei einem Raubanfall durch einen Holzbildhauer getötet. Dieser hat sich darauf selbst erschossen.

**Sinrichtung einer Frau.**

**Katibor, 29. Jan.** Heute früh wurden auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses die unverheiratete Haushälterin Franziska Zimmer aus Nesselweil, die ihre Stiefmutter ermordet hatte, und die Bergmannsche Frau Josepha Kubada aus Gerswinka, die ihren Mann ermordet hatte, hingerichtet.

**Selbstmord.**

**Bremerhaven, 29. Jan.** Der 12jährige Sohn eines Lehrers in Lehe, Schüler der Oberrealschule, warf sich auf der Gelsebrücke vor einen nach Cuxhaven fahrenden Zug und wurde getötet. An der gleichen Stelle hat sich ein Schüler derselben Anstalt vor einem Jahr ebenfalls überfahren lassen.

**Die Verzweiflungstat des Arbeitlosen.**

**Berlin, 29. Jan.** Gestern nachmittag versuchte ein Arbeiter in Reinickendorf, der seit drei Tagen nach langer Zeit schwerer Entbehrungen wieder Arbeit gefunden, diese abermals jetzt verloren hatte, durch Trinken von Aylsal sich das Leben zu nehmen. Seine Frau entriß ihm das Gift, ließ auf die Straße und trank ebenfalls davon. Nach zehn Schritten brach sie bewusstlos zusammen. Man brachte die Unglückliche in ihre Wohnung, wo man auch den Mann bewusstlos auffand. Die Frau starb nach kurzer Zeit, den Mann schaffte man in ein Krankenhaus, wo er hoffnungslos darniederliegt.

**Mitlungener Seemannsverlust des A. 7.**

**London, 29. Jan.** Gestern wurden zwei Versuche unternommen, um das in der White Sand-Ducht gelungene Unterseeboot A 7 aus seinem Schlammlager herauszuziehen. Eine starke Stahltrasse war um den Schiffsrumpf gelegt worden. Als die Schlepper dann ansetzten, schlüpfte das Seil unter dem Schiffsrumpf des A 7 hinweg, ohne daß es aus seiner Lage gebracht wurde. Dann wurde die Stahltrasse von Tauchern durch die Augen in die Panzerung des Unterseebootes gezogen. Das Schlachtschiff „Exmouth“ wurde vorgepannt. Diesmal rissen einige Platten der Panzerung weg und das Boot blieb liegen.

**Dyfer des Südens.**

**Tokio, 28. Jan.** Die Polizei von Kagosjima hat festgestellt, daß bei dem kürzlichen Erdbeben und bei den vulkanischen Ausbrüchen in der Stadt selbst 33 Personen umgekommen sind, während 18 Leute von der Insel Satucasjima vermisst werden.

**Letzte Nachrichten.**

**Zum Rücktritt der elsäß-lothringischen Regierung.**

**Berlin, 29. Jan.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt an erster Stelle in ihrem politischen Tagesbericht: Der Statthalter in Elsaß-Lothringen, Graf Wedel hat sein schon im Dezember angebotenes Abschiedsgesuch erneuert. Wie wir erfahren, haben auch der Staatssekretär Freiherr Jörn v. Buland und die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Wandel und Köhler erneut um ihre Ent-

fassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.

Strasburg, 29. Jan. In der Budgetkommission der Zweiten Kammer fragte gestern der Abg. Gauß nach der Stellungnahme der Regierung. Darauf erklärte Staatssekretär Freiherr von Zorn v. Bulach, daß die Ereignisse von Zornern und ihre Folgerungen für die Elsaß-Lothringische Regierung eine neue Situation geschaffen haben.

Als künftiger Staatssekretär werden jetzt die Bezirkskommandanten von Metz und Colmar bezeichnet, der erste hauptsächlich für den Fall, daß Freiherr von Schorlemer-Dieser Statthalter wird. Unterstaatssekretär Köhler wird voraussichtlich auf seinem Posten bleiben.

Au der Erklärung des Staatssekretärs schreibt die Strasburger „Neue Zeitung“:

Damit ist lediglich bestätigt, was in eingeweihten Kreisen schon längst bekannt war, nämlich, daß Graf Wedel schon sehr bald zurückgetreten wird. Daß der Statthalter geben will, ist mit Rücksicht auf sein Alter verständlich. Die Zornerner Vorgänge haben höchstens eine Beschleunigung dieser Absicht gesetzt. Für Elsaß-Lothringen bedeutet der Wechsel eine Bestätigung des Collier'schen Wortes: „Alles ist kaputt! Bevor wir nicht wissen, ob das heutige System eine Aenderung erfährt, bleibt es müßig, aus der veränderten Sachlage gültige Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Wir wünschen, daß der neue Leiter unserer Landesgeschichte wenigstens den gleichen aufrichtigen Willen und die gleiche Sympathie für das Land besitzen möge, wie der jetzige Statthalter bekundet hat und daß er gewillt ist, dem Gesetz und Recht Achtung zu verschaffen. Es bedarf hierzulande so wenig dazu. Wenn der Statthalter erst einmal einem Leutnant die Schranken der Ordnung im Rechtsstaate gefahrlos und mit Erfolg ziehen kann, dann sind beide, Volk und Regierung, auf dem richtigen Wege zum Reiche“.

Aus dem sächsischen Landtag.

Dresden, 29. Jan. Die Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Nachmittags-Sitzung, der auf der Tribüne auch der Kronprinz bewohnte, mit zwei Interpellationen und einem Antrag betreffend den Schutz der Arbeitswilligen, Sicherung des Koalitionsrechtes usw. Abgeordneter Kaiser, der die nationalliberale Interpellation begründete, erkannte an, daß vielfach Terrorismus gegen Arbeitswillige ausgeübt werde. Seine Freunde seien jedoch gegen jede Ausnahme-Gesetzgebung, gegen eine Beseitigung des Streikrechts und auch gegen ein Verbot des Streikpostens. Zur Bekämpfung der zweifellos bestehenden Mißstände genügt die strafgesetzliche Bestimmungen, wenn sie nur in der Praxis richtig angewandt würden. Abg. Feld vertrat in der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation die Forderung der absoluten Koalitionsfreiheit. Der Redner kam dabei auf die Teilnahme des Königs von Sachsen an der Leipziger Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu sprechen und behauptete,

der König habe sich auch für ein Verbot des Streikpostens ausgesprochen. Staatsminister Graf Balthus von Eckardt legte Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß der König auf der Leipziger Versammlung scharfmacherische Pläne entwickelt habe. Seine Rede des Königs sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und sei weder vorher noch nachher fixiert worden. Sie enthalte keine programmatische Erklärung, sondern nur eine Sympathieäußerung für die Industrie.

Nachdem der Abg. Böhm (Kons.) den Antrag seiner Partei betreffend den Schutz der Arbeitswilligen und die Freiheit des Gewerbebetriebs begründet hatte, erwiderte Staatsminister Graf Balthus von Eckardt, das Koalitionsrecht sei eine notwendige Waffe, die beiden Parteien in voller Parität gewährt werden müsse. Es dürfe jedoch kein Koalitionszwang daraus werden. Die bestehende Gesetzgebung reiche nicht allenthalben aus, um den Terrorismus gegen die persönliche Freiheit zu unterdrücken. Es bedürfe einer Aenderung des Strafgesetzbuches und er sei bereit, im Bundesrat dafür einzutreten. Er stimme in dieser Hinsicht mit den Ausführungen des Reichskanzlers überein. Zur Schaffung einer besonderen Landesstreikpolizei liege kein ausreichendes Bedürfnis vor. Hierauf wies Justizminister Dr. Nagel die heftigen Angriffe auf die Justizverwaltung wegen eines Erlasses zur Beschleunigung des Strafverfahrens bei den sogenannten Massendelikten zurück. Selbstverständlich lehne die Regierung jede Parteistütze mit Entschiedenheit ab und sehe den wirtschaftlichen Kämpfen durchaus mit verschränkten Armen gegenüber. Nach kurzen Ausführungen des Abgeordneten Probst (F. B.) wurde die weitere Besprechung vertagt.

Zur Deportation der Arbeiterführer.

Retzaria, 29. Jan. Der oberste Gerichtshof befahl sich mit dem Gesuch um einen richterlichen Befehl, die Regierung an der Ausführung der Deportation zu hindern. Der Vorsitzende des Gerichts erklärte im Laufe der Verhandlung, er hätte dem Gesuch stattgegeben, wenn er das Beweismaterial einen Tag früher gehabt hätte. Wenn die Regierung diesen Männern das Recht des Bürgers verweigere, an das Gericht in Durban zu appellieren, so sei das kein rechtsgültiger Akt. Wenn jedoch die Regierung in der Angelegenheit Gewalt anwende, so sei sie den Bürgern des Landes verantwortlich.

Johannesburg, 29. Jan. Die Behörden trafen bei ihren Vorbereitungen zur Deportation der Arbeiterführer die ausgedehntesten Maßnahmen, um den Plan geheim zu halten. Die Arbeiterführer wurden am Sonntag nachmittags vom Gefängnis mit dem Gefängniswagen abgeholt. Nach einer Fahrt von einigen Meilen wurden sie in einen Zug gebracht, in dem sich Soldaten befanden. Die Gefangenen wußten nicht, wohin man sie bringen würde. Alle Fenster des Zuges waren verhängt; selbst die Bahnbeamten waren nicht unterrichtet und der Zug wurde als Extrazug einer Theatergesellschaft bezeichnet. Erst an Bord des Schiffes wurde den Arbeiterführern die Absicht der Regierung mitgeteilt. Nachdem der Dampfer die Barre gekreuzt hatte, warf er Anker und den Gefangenen wurde mitgeteilt, daß das Schiff 1 1/2 Stunden anhalten würde, damit sie an ihre Verwandten und Bekannten schreiben könnten. Das Schiff geht direkt nach London. Es ist bemerkenswert, daß das Schiff keine funktentelegraphische

Einrichtung hat. Es führt auch keine anderen Passagiere mit sich.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale Versammlung mit Vortrag des Herrn August Hornung über „Eine Reise um den Bodensee mit Besichtigung der Maggiwerke“. Der Vortrag wird durch Vorführung von Lichtbildern unterstützt. 6970
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 1. Febr. A. Logestour: Marzell, Langenalb, Conzweiler, Fittersbach, Wilsbergingen. Abf. 6.40 Uhr (Hörsingbahn) nach Marzell. Fahrpr. 1 Mk. Gehzeit 5-6 Stunden.
B. Skitour: Ottenhöfen, Ruffstein, Güte am Bilssee (Liebernachten), Seibelssee, Hornsgründe, Oberal. Abf. (Samstag abend) 6.33 Uhr (Hauptbf.) nach Ottenhöfen. Fahrpreis 2.70 Mk. 6980
R. Mühlburg. (Bruderverbund.) Heute Freitag Singstunde für Männerchor. 6982
Durlach. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend halb 9 Uhr im „Schwanen“ Mitgliederversammlung. Vortrag: „Finanzdebatte im badijschen Landtag“. 6990
Durlach. (Deutscher Holzarbeiter-Verband.) Kommen Sonntag, 1. Februar, mittags 1/2 Uhr, findet im Lokal zum „Darmstädter Hof“ unsere Generalversammlung statt. Hierzu sind sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen auf der Bitte um vollständige Beteiligung. Die Ortsverwaltung. 6990
Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, den 31. Januar, Versammlung im Lokal. Anfang 9 Uhr. 6993
Bruchsal. (Sozialdem. Partei.) Samstag abend 1/2 Uhr in der „Falk“. 6998
Breiten. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend 1/2 Uhr im Gasthaus zum „Engel“ Parteiverammlung. Im pünktlichen und vollständigen Erscheinen bittet 6981 D. Vorstand.
Kastatt. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Mappen“ Jahresgeneralversammlung mit Bericht u. Neuwahl der Funktionäre. 6970
Baden-Baden. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Samstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Praktikantengasse“ Jahresgeneralversammlung mit Bericht und Neuwahl der Funktionäre. 6970
Baden-Baden. (Reisefreunde.) Sonntag, 1. Februar, abends, Versammlung. 6982
Oberkirch. (Sozialdem. Verein.) Samstag abend 1/2 Uhr findet im Lokal „Bad. Hof“ Generalversammlung statt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen. 6991

Wasserstand des Rheins.

30. Januar.
Schusterinsel 1.10 m, Gef. 7 cm, Rehl 2.01 m, Gef. 6 cm
Marau 3.58 m, Gef. 6 cm, Mannheim 2.83 m, Gef. 7 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

W. S., Blankenlosh. Wenn Sie die Stunde 47 Pf. verdienen und 8 Stunden im Tag arbeiten, gehören Sie der 4. Klasse an und erhalten ein tägliches Frankengeld von 2 Mk.
M. C., Aue b. D. Die Adresse unseres Parteiorgans in Strasburg ist: „Freie Presse“, Strasburg i. E. — Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Wetterle wohnt in Colmar i. E.

Billige Suppe.

In eigroß gutem Abschöpfert köstet man einen Teller trockene Schwarzbrotkruste einige Minuten, füllt kochendes Wasser darauf und läßt mit dem nötigen Salz und etwas weißem Pfeffer eine halbe Stunde kochen. Dann streicht man die Suppe durch ein Sieb, verquirlt ein Eiweiß mit zwei Eßlöffeln Milch, bindet damit die Suppe, kräftigt sie im Geschmaack mit einem kleinen Zusatz Maggi Würze und trägt sie mit Schnittlauch oder Petersilie bestreut auf.

Gefangverein „Edelweiß“ Karlsruhe.

Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des „Apollo-Theaters“ (Marienstr.) bei gutem Ball-Orchester

Kostüm-Ball

mit Preisverteilung (Herren- und Damenpreise für die schönsten und originellsten Kostüme, wozu unsere vere. u. Mitglieder mit wertvollen Angehörigen, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins freundlichst eingeladen werden. 6988

Der Vorstand.

Achtung! Durlach. Achtung!

Samstag Abend und Sonntag Nachmittag 3 u. 7 Uhr

Konzert

der beliebten Sängers- u. Soubrette-Gruppe D'Kochelster. Dezentres Familien-Programm wozu ergebenst einladen 6988 D'Kochelster. Fr. Kraß, Wirt. Für gute Bewirtung ist bestens Sorge getragen.

Günstige Kaufgelegenheit in

Schuhwaren

nur bis 2. Februar und nur so lange der Vorrat reicht. 1 Posten Herren- u. Damenstiefel in allen Größen 10 bis 30 Prozent Rabatt. Herren-Boxcalf, Original-Goodyear, echt gedoppelt M. 10.25 Herren-Boxcalf, Original-Goodyear, Doppelsohle M. 11.00 Damenstiefel 1 Mk. billiger. 1 Posten Schulstiefel: Grösse 27-29 M. 2.90, 31-35 M. 3.40 Auf alle regul. Schuhwaren während dieser Zeit 5% Rabatt.

Madlener, Auktions- und Schuhgeschäft, Rüppurrerstrasse 20.

Am Samstag, 31. Januar d. J. beginnt im „Rheingold“, Waldhornstr. (Zahne Gussl).

Preis-Regeln

8 wertvolle Preise. Neue Bahn. Kegelfreunde herzlich willkommen! 6977

Carl Pfefferle

- Telephon 1415 Erbprinzenstr. 23. Größtes Wild-Spezial-Geschäft am Plage empfiehlt in nur prima schukfrischer Ware garantiert
schlef. Riesenhasen per Stück 4.20-4.60
Große Hasen-Niiken . . . per Stück von 1.60 an
Große Hasen-Schlegel . . . 0.80
Große Hasen-Ragout . . . 1.50
Extra große Niiken ab 2 Pfd. schwer, per St. 2.00-2.20
Extra große Schlegel ab 1 Pfd. schwer, per St. 1.00-1.10
Junge, große, wilde Kaninchen per Stück 1.20-1.50
Edelhirsch Niiken und Schlegel per Pfd. 0.90-1.10
Burg . . . 0.80
Ragout . . . 0.60
Rehe Niiken und Schlegel, in jeder Größe. Büge und Ragout.
Fasanen, Wildenten, Wildvögel, Haselhühner, Krametsvögel.
ff. selbstgemästetes Tafel-Geflügel sowie
Fluß- und Seefische
in bekannter Güte und billigstem Tagespreis. 6985

Belzfelle.

Hasen-, Katzen-, Reh- und Berrg. werden sauber und billig gegerbt, ebenso werden Vögel aller Art präpariert und ausgestopft. Valth. Binzel, Zenther, B. Bruchsal.

4 Pianinos

erstaunlicher Firmen, werden unter Garantie billig abgegeben. J. Kunz, Pianoforte, Karlsruhe, Carl-Friedrichstr. 21.

Maskenkostüm

(Lands- knecht, für mittlere Figur, billig zu verkaufen. Reimannstr. 23. Nils. B. Gied

Drucksachen

fertig an Buchdruckerei Volksfreund

Arbeiter-Gefangverein „Harmonie“ Karlsruhe.

Diejenigen Mitglieder, welche sich nicht am Tanzen beteiligen, eruchen wir, Sonntag, den 1. Februar, von nachmittags 4 Uhr an, beim Starbierfest des Mitglieds Strubel zum „Lamm“ in Durlach einzufinden zu wollen. Auf zahlreiches Erscheinen hoffen

Der Vorstand.

e. V. 2004
Samstag, 31. Januar 1914
Lieder-Abend.

Sonntag, 1. Februar 1914 auf unserem Platze

1 Uhr: Phönix 5 geg. Frankonia 4 1/3 Uhr: Pflicht-Training. 1. Mannschaft in Durach.
Samstag, 7. Februar 1914
General-Versammlung.
Anträge sind bis 4. Febr. 1914 schriftlich einzureichen.

Fussball-Club Mühlburg

Verein für Rasenspiele
a. V. — Gegr. 1905.
(itzl. d. Verb. südd. Fussball-V
Samstag, 31. Januar 1914
Monatsversammlung.

Sonntag, 1. Februar 1914
I. Mannschaft gegen Phönix (Alemania) 4 uns. Platz 1/3 Uhr.
II. Mannschaft, geg. Bilsplk. Durlach I auf unserem Platze 1 Uhr.
A. H. Mannsch. auf uns. Platze 10 Uhr gegen K. F.-V., A. H.

Heberzicher fahrt ab 3.—M
Herren-Anzüge ab 3.50-M
Damenkleider ab 3.—M
Färberei Firnrobr
Kaiserstraße 28. 6990

Winkelschmied

zu sofortigem Eintritt gesucht. Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe in Karlsruhe.

Fleisch-Verkauf

Samstag den 31. Januar von 7 bis 1 Uhr verlaufe ich Rindfleisch. 20 prima Qualität Wurstfleisch (eigene Mästung) à Pfund 70 Pfennig. Wilhelm Neck, Wollereibesitzer. 6941

Tanz-Schuhe

staunend billig. Schuh-Haus Münzner Werderplatz 34 und 6992 Rheinstraße 12. Kinderwagen (Störwagen), gut erhalten, billig zu verkaufen. 6996 Sed. Grünwiesl, Mörcherstr. 5.

Unsere **Weisse Voranzeige Woche**

beginnt am Montag den 2. Februar.

Unsere am Samstag und Sonntag erscheinenden Anzeigen (in den hiesigen Zeitungen) besagen Ihnen alles Nähere.

Wir gewähren auf sämtliche, auch reduzierte Waren, **doppelte Rabattmarken.**

# Spiegel & Wels.

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Samstag, den 31. Januar, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale

### allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
 „Vortrag mit Lichtbilder über eine Reise um den Bodensee mit Besichtigung der Maggiwerke.“  
 Vortrag von Herrn August Hornung, aus Karlsruhe.  
 Unsere Mitglieder werden mit ihren Frauen zu zahlreichem Besuch eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

## Bedürfen wir noch der Kirche?

### Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Dr. Karl Beth, Prediger der „Freireligiösen Gemeinde“ Ludwigsbafen a. Rh.

am Sonntag den 1. Februar d. J., nachmittags 1/2 3 Uhr, im Saale des „Gasthauses zur Blume“ in Durlach.

Freier Eintritt. Freie Diskussion.

Männer und Frauen Durlach und Umgebung, erscheint in Massen in dieser Versammlung.

### Das Komitee „Konfessionslos“ für Baden.

Das will das Komitee „Konfessionslos“!  
 Es ruft alle, die es wagen dem Konfessionalismus und Klerikalismus gegenüber sich als freie Persönlichkeiten zu betätigen und der Gleichgültigkeit — dem Fluche unserer Zeit — entgegen — ruft Frauen und Männer aller Bevölkerungsschichten auf — als neue Kruppen zu den alten Kämpfern zu stoßen, durch die Betätigung des Kirchenaustritts.  
 Stellt der Masse des geistigen Indifferentismus eine Phalanx der geistigen Intellektuellen gegenüber.

## Sängerbund Vorwärts

18 90

### Karlsruhe

Sonntag, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr in den Sälen des Welt-Restaurants zur „Deutschen Eiche“

### karnevalistischer Frühshoppen

unter Mitwirkung des Humoristen G. Müller sowie des Gewerkschafts-Musiker-Orchesters.  
 Hierzu laden wie unsere verehrl. Mitglieder, sowie Gönner des Vereins freundl. ein.

Die Elf.

## Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe.

Am Sonntag, den 1. Februar, von nachmittags 4 Uhr ab, findet im Saale des „Apollotheaters“, Marienstr. 16, unsere

### Abend-Unterhaltung

statt, bestehend in Vorträgen, Theaterstücken (ernsten und heiteren Inhalts) und darauffolgendem Tanz.

Hierzu laden wir unsere verehrl. aktiven und passiven Mitglieder, sowie die Partei, Gewerkschafts- und Sangesgenossen und Genossinnen zu zahlreichem Besuche freundlichst ein.

Eintritt frei. Der Vorstand.

## Karnevalsgesellschaft des Gesangvereins Badenia

Samstag den 31. Januar, abends 9 Uhr 11 Minuten:

### Grosse karnevalistische Herren-Sitzung

im Saale der alten Brauerei Kammerer, Waldhornstraße, unter Mitwirkung eines Abteils der Artillerie-Kapelle Nr. 30, sowie bekannte Vortrædner wie Badentamüller u. s. w.

Eintritt für Fremde inkl. Niederbuch und Karrenmütze 1 Mk. — Von Mitgliedern werden 10 Pfg. Kopfsteuer erhoben. Niederbuch und Karrenmütze obligatorisch.

Der Elferrat.



## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 18, unsere

### Generalversammlung

statt.

#### Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Anträge und Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Große Karnevals-Gesellschaft Durlach.

Am Sonntag, den 1. Februar, nachmittags 1/2 4 Uhr, findet in der hiesigen „Festhalle“ unsere

### 1. Damen- und Fremden-Sitzung

unter Mitwirkung der gesamten Feuerwehr-Kapelle mit ausgewähltem Programm statt. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfg.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Elferrat.



## Voranzeige!

Am kommenden Montag, d. 2. Februar beginnt meine diesjährige

## Weisse Woche

Ich mache meine Kundschaft darauf aufmerksam, dass ich in der Lage bin, durch gemeinschaftlichen Einkauf

aussergewöhnlich günstige Vorteile zu bieten. Es kommen nur gute Waren enorm billig zum Verkauf.

## Schneyer

Werderplatz, Filiale Rheinstr. 48.

## Leopold Kölsch

Karlsruhe — Kaiserstrasse 211  
 Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige

## Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

**Der grösste Lacherfolg der Saison!**  
 Die ganze Stadt spricht nur noch von der blauen Maus.

**Maschinenstrickerin**  
 nimmt fortwährend Kunden an Strümpfe und Socken werden billigst angefertigt bei  
**Fr. Hettich**  
 30 Marienstrasse 30, 4. Et.  
 Kinderstuhl, verstellb., gut erhalten, billig zu verk. Schützenstr. 46, 4. Et.

**Städt. Badenanstalt (Vierordtbad)**  
 Ab Sonntag, den 1. Februar, ist die **Schwimmhalle** wieder geöffnet.



Die Qualitäten sind die besten! Meine Preise unerreicht billig!

### Damen-Wäsche

- Damen-Hemden mit gestickter Passe . . . . . 1.85 1.25
- Damen-Hemden, elegant bestickt 2.75 2.25
- Damen-Hemden mit Stickerei 1.90 1.75
- Damen-Hemden, sehr elegante Ausführungen . . . . . 3.25 2.75
- 3 Ausstattungs-Hemden Ia. Qualität, besonders billig 2.25 1.90

- Damen-Beinkleider, gute Qual., 1.45 1.25 95<sup>s</sup>
- Damen-Beinkleider mit Feston und Stickerei . . . . . 1.85 1.65 1.35
- Damen-Beinkleider, vorzügliche Qualität u. Ausführung 2.75 2.45 1.90
- Damen-Beinkleider in Batist u. Renforce . . . . . 3.45 3.25 2.90
- 3 Ausstattungs-Beinkleider ausserordentlich vorteilhaft 2.18 1.75 1.25

### Damen-Wäsche

- Damen-Nachthemden, gediegene Ausführung . . . . . 4.25 3.75 3.25
- Damen-Nachthemden, eleganteste Ausführung . . . . . 7.80 6.25 4.75
- Kinder-Nachthemden, gute Qualität . . . . . 3.25 2.75 2.25
- Mädchen-Nachthemden, besonders elegant . . . . . 4.25 3.45 2.90
- Garnituren: Hemd und Beinkleid aparte Ausführungen 9.75 7.90 4.50

- Stickerei-Röcke, gut verarbeitet 2.45 1.90 1.45
- Stickerei-Röcke, sehr elegant 5.50 4.50 3.75
- Prinzess-Röcke, gediegene Ausführung . . . . . 5.25 4.75 3.90
- Prinzess-Röcke, besonders elegant . . . . . 7.50 6.25 5.75
- Prinzess-Röcke, ausserordentlich vorteilhaft 8.75 6.50 4.75

### Tischwäsche

- Tisch-Tücher 110x130 cm . . . . . 1.75 1.45 1.-
- Tisch-Tücher 130x160 cm . . . . . 3.25 2.75 2.25
- Tafel-Tücher diverse Grössen . . . . . 8.25 6.25 4.50
- Servietten 65x65 und 55x55 cm 1/2 Dutzend 3.75 2.45 1.45
- Tisch-Zeug, weiss, am Stück ca. 110x130 cm br. pr. Mtr. 2.15 1.55

### Handtücher

- Handtücher, gesäumt, weiss und grau 1/2 Dtzd. 95<sup>s</sup> 145 190 245
- Handtuchstoffe in grau Meter 32 24 15 9<sup>s</sup>
- Handtuchstoffe, weiss m. rot. Rand ca. 50 cm breit . . . . . 55 35 30<sup>s</sup>
- Handtuchstoffe, weiss, Jacquard gestreift, ca. 50 cm breit 79 55 42<sup>s</sup>

### Bett-Wäsche

- Betttücher mit u. ohne Hohlraum ca. 150/210 cm breit 3.75 2.90 2.25
- Ober-Betttücher, Ia. Qualität ca. 180/250 cm ca. 5.25 3.45 2.90
- Kissen-Bezüge, gebogen und mit Stickerei 1.65 95 65<sup>s</sup>
- Damast-Bezüge, weiss, normale Grösse 5.50 4.45 3.45
- Damast-Bezüge, rot und farbig 6.25 5.25 4.50
- Bett-Bezüge Ia. Druckware 3.90 3.45 2.95
- Parade-Kissen mit Spitzen und Stickerei 3.50 2.45 1.95

### Stickereien

- Schweizer und Planener Madapolame-Stickereien
- 1 Posten schmale Stickereien für Hemden Coupon ca. 4,10 u. 4,50 m . . . . . 1.15 85 70 60 52<sup>s</sup>
- 1 Posten breite Stickereien und Einsätze Coupon ca. 4,10 u. 4,50 m . . . . . 1.55 1.35 1.15 95 70<sup>s</sup>
- 1 Posten extra breite Stickereien u. Einsätze Coupon ca. 4,10 u. 4,50 cm . . . . . 2.45 2.25 1.95
- 1 Posten ff. Schweizer Naturelle-Stickereien Coupon ca. 4,10 . . . . . 3.75 3.25 2.90 2.25

### Stickereien

- 1 Posten Feston-Madapolame, Doppelstoff Coupons ca. 4 1/2 m . . . . . 55 45<sup>s</sup>
- 1 Posten Stickerei-Kissen-Ecken 1.15 80 65 48<sup>s</sup>
- 1 Posten Unterrock-Stickerei-Volant, Coup. von 2 1/4 m, 20-40 cm hoch 2.90 2.25 1.95 1.40 95<sup>s</sup>
- 1 Posten Tüll- und Spachtel-Einsätze in allen Breiten, ivoire, ecru u. schwarz 1.25 75 48 35 15<sup>s</sup>

### Klöppel-Spitzen und Einsätze

- Handarbeit-Klöppel-Spitzen und Einsätze Meter 1.45 1.10 75 48 38<sup>s</sup>
- Leinen-Maschinen-Klöppel-Spitzen und Einsätze, schmal und breit Mtr. 50 35 28 18<sup>s</sup>
- 1 Posten Tüll-Plains weiss, ecru und schwarz 2.75 2.25 1.45 95 75 60<sup>s</sup>

### Bett-Damaste

- Bett-Damast, weiss ca. 180 cm breit . . . . . 1.35 95 85 68<sup>s</sup>
- Bett-Damast, Macco, Seidenglanz, ca. 180 cm breit . . . . . 1.90 1.75 1.45
- Bett-Damast, altgold und rot ca. 95 cm breit . . . . . 1.65 1.45 1.25
- Bett-Damaste ca. 90/82 cm breit . . . . . 85 48<sup>s</sup>
- Bett-Kattune, ca. 80x130 cm breit . . . . . 95 65 45<sup>s</sup>

### Leinen

- Halbleinen für Bettwäsche ca. 80x82 cm breit . . . . . 95 70 55<sup>s</sup>
- Halbleinen für Leibwäsche ca. 82x84 cm breit . . . . . 1.10 85 65<sup>s</sup>
- Halbleinen, ca. 150 u. 160 cm breit 1.65 1.45 95 78<sup>s</sup>
- Reinleinen, Rasenbleiche ca. 82 cm breit . . . . . 1.65 1.35
- Reinleinen, Rasenbleiche ca. 160 cm breit . . . . . 2.75 2.45

### Croisé und Piqué

- Flock-Croisé Ia. Qualität . . . . . 65 48 35<sup>s</sup>
- Flock-Piqué Bekannte Marken . . . . . 90 75 60 42<sup>s</sup>
- Molton weiss und creme . . . . . 65 55 45<sup>s</sup>
- Calmeu ca. 80 cm breit . . . . . 1.40 1.15 95<sup>s</sup>
- Hemdenflanelle beste Qualität . . . . . 65 48<sup>s</sup>

### Hemden-Tuche

- Hemden-Tuche, ca. 82 cm breit gute Qualität . . . . . 45 35 28<sup>s</sup>
- Cretonne ca. 82 cm Renforcé ) breit 65 55 48<sup>s</sup>
- Reine Macco-Tuche ca. 82 cm br. Meter 85 78 65<sup>s</sup>
- Bettuch-Cattune, ca. 160 cm br. Meter 1.45 1.25 78<sup>s</sup>
- 2 Spezial-Marken, das Hervorragendste in Qualit. u. Preiswürdigkeit. Renforcé 52<sup>s</sup> Cretonne 58<sup>s</sup>

**Bettfedern** Spezial-Sorten 2.25 Landrupf I Pfd. 3.25 Landrupf II Pfd. 3.50 Landrupf III Pfd. 3.75

- #### Taschentücher
- Taschen-Tücher, weiss mit bunter Kante 1/2 Dtzd. 50, 40<sup>s</sup>
  - Kinder-Taschen-Tücher weiss gemustert 1/2 Dtzd. 55<sup>s</sup>
  - Damen-Taschen-Tücher in Carton m. handgest. Ecke 3 St. 45<sup>s</sup>
  - Taschen-Tücher mit handgest. Buchstaben 1/2 Dtz. 2.25, 1.80, 1<sup>s</sup>

Aussteuer-Haus

# Hugo Landauer

Kaiserstr.  
Ecke  
Lammstr.